

HAMBURG

DIE LINKE.
LANDESVERBAND HAMBURG

Debatte

Die Roheit kommt nicht von der Roheit | Dezember 2013 | Spendenempfehlung 3 Euro



Impressum: Hamburg Debatte | Nr. 10 | Dezember 2013

Hamburg Debatte ist das Debattenorgan des Landesverbandes Hamburg der Partei DIE LINKE

Herausgeber: Landesvorstand DIE LINKE. Hamburg | Wendenstr. 6, 20097 Hamburg | www.die-linke-hamburg.de

V.i.S.d.P.: Tilman Rosenau | redaktion@die-linke-hamburg.de

Redaktion: Kristian Glaser | Christian Kruse | Uli Ludwig | Uwe Post | Tilman Rosenau | Zdravko Sisic

Erweiterte Redaktion: Timm Kunstreich | Norman Paech | Herbert Schui

Mit Beiträgen von: Murat Çakır | Mahmut Erdem | Reimar Heider | Hans Heyderich | Michael Lindenberg | Uli Ludwig | Tilman Lutz | Eberhard Mannschatz | Hartmut Obens | Norman Paech | Eric Recke | Hartmut Ring | Stefan Romey | Herbert Schui | Gilbert Siegler | Christian Stache | Martin Wittmaack

Fotos: Seite 21 (wikipedia) | Zdravko Sisic

Copyright: Creative Commons Licence (BY-NC-SA Namensnennung, keine kommerzielle Nutzung, Weitergabe aus dieser Zeitschrift unter gleichen Bedingungen)

Bestellung und Bezug: gegen Spende in Druck- oder Mailversion, per Post oder in Selbstabholung | Spendenkonto: IBAN: DE66 2005 0550 1213 1280 83 | BIC: HASPDEHHXXX | Verwendungszweck „Debatte“

Druck: Print und Copy Haus, Hamburg | Auflage: 1 500 | Redaktionsschluss: 15. November 2013

Inhalt

Impressum	Seite 2	
Editorial	Seite 3	
Wie geht es weiter? Gilbert Siegler	Seiten 4/5	
Mutti und ihre Volksparteien Herbert Schui	Seiten 6/7	
KONTROVERS	Nach der Wahl ist vor den Kämpfen Hartmut Ring	Seiten 8/9
	Regieren, Opponieren oder Tolerieren? Martin Wittmaack	Seite 9
Fit für Kommunalpolitik? Hartmut Obens	Seiten 10/11	
Geschlossene Unterbringung Eberhard Mannschatz	Seiten 12/13	
Unterordnung und Gehorsam Michael Lindenberg und Timan Lutz	Seiten 14/15	
Sparmodell Inklusion Stefan Romey	Seiten 16/17	
Hochschulpolitik: Opposition wirkt Eric Recke	Seiten 18/19	
Syrien: Sieg der Diplomatie Norman Paech	Seiten 20/21	
Der „Geist von Gezi-Park“ Murat Çakır	Seiten 22/23	
Eine besondere Art von Despotie Interview mit Mahmut Erdem	Seiten 24/25	
Friedenslösung oder gar kein Prozess? Reimar Heider	Seiten 26/27	
World Wide War Uli Ludwig	Seite 28	
Pay No More Than £2.99 Hans Heyderich	Seite 29	
Buchvorstellung: Kreuzzug für Profite Christian Stache	Seite 30	

Editorial

*Liebe Leserinnen, liebe Leser,
liebe Genossin, lieber Genosse,*
auch wenn sie nicht mehr im Fokus der medialen Öffentlichkeit stehen, halten die vielfachen Massenproteste der Bevölkerungen an und bestimmen weiterhin das politische Geschehen. Nach den sie tragenden politisch-sozialen Kräften und nach den in den Massenprotesten geäußerten Forderungen haben sie sowohl antiimperialistischen als auch sozialen Charakter. Sehr ausgeprägt in diesen Massenprotesten sind Forderungen nach der Abkehr von neoliberalen Zurichtungen der Gesellschaft, nach Herstellung und Wahrung des Friedens u.a. in Syrien, wo eine Verhandlungslösung näher rückt, und nach demokratischen Grundrechten. Zu denen zählt auch das Asylrecht, das den Lampedusa-Flüchtlingen vom Hamburger Senat nicht gewährt werden soll (dazu unsere Fotodokumentation). Ebenso haben die aktuellen, wenn auch nicht neuen Veröffentlichungen über die Ausforschung persönlicher Daten (Datenkrake NSA) die Forderungen nach dem Schutz demokratischer Grundrechte verstärkt.

Konfrontiert werden diese Protestbewegungen mit zunehmend repressiven Versuchen der neoliberalen Staatsführungen, die Bewegungen zu kanalisieren oder zu kriminalisieren, niederzuknüppeln, sie auszuforschen und zu manipulieren oder sie zu instrumentalisieren. Alle diese Versuche korrespondieren mit der Intensität und dem Umfang der Proteste und dienen der Absicherung kapitalistischer, machtpolitischer Interessen. Eine ausführliche Argumentation zu den Bewegungen in der Türkei/Kurdistan findet Ihr auf den Seiten 22 bis 27.

In dieser Situation ist es notwendig, dass die Partei DIE LINKE ihre außerparlamentarische Kraft stärkt, sich als Opposition und nicht als Juniorpartner versteht – ausgehend von der Analyse internationaler und auch nationaler Protestbewegungen und polit-ökonomischer Entwicklungen. Die geforderten Reformen müssen nicht nur reale Verbesserungen für die große Mehrzahl darstellen, sie müssen auch verbunden sein mit antikapitalistischer Kritik und zur Überwindung von Konkurrenz und sozialer Ungleichheit beitragen. Das sollte sich auch in der Hamburger Politik unserer Partei niederschlagen: in bevorstehenden Wahlkämpfen, in der Kommunal- und Hochschulpolitik.

In der Hamburg Debatte Nr. 8 (Februar 2013) haben wir über einen Skandal an der Evangelischen Hochschule Hamburg berichtet. Die Veröffentlichung eines Aufsatzes von Eberhard Mannschatz durch Timm Kunstreich (Lehrbuch „Grundkurs Soziale Arbeit“) wurde zum Anlass für eine Hexenjagd genommen. Im Kern ging es um die geschlossene Unterbringung von Jugendlichen. Auch wenn die Kinder- und Jugendheime der Haasenburg GmbH in Brandenburg inzwischen geschlossen wurden, ist das Thema – wie aktuelle Erfahrungen in Hamburg gezeigt haben – noch lange nicht erledigt. Wir greifen es deshalb in diesem Heft wieder auf mit einem Aufsatz von Eberhard Mannschatz und einem Positionspapier der Professoren Lindenberg und Lutz.

Wir wünschen eine informative und anregende Lektüre
Eure Debatten-Redaktion

Wie geht es weiter?

Volksentscheid erfolgreich – jetzt die energiepolitische Wende durchsetzen!

Die HamburgerInnen haben entschieden, dass „Senat und Bürgerschaft unverzüglich alle notwendigen Schritte“ zu unternehmen haben, „um die Hamburger Strom-, Gas- und Fernwärmenetze wieder vollständig in die Öffentliche Hand zu übernehmen.“ Der Volksentscheid (VE) hat auch die energiepolitischen Ziele dieser Rekommunalisierung festgelegt: „Verbindliches Ziel ist eine sozial gerechte, klimaverträgliche und demokratisch kontrollierte Energieversorgung aus erneuerbaren Energien.“ DIE LINKE Hamburg hat die Volksinitiative Unser Hamburg – unser Netz (UHuN), die den VE durchsetzte, von Anfang an tatkräftig unterstützt.

Die HamburgerInnen haben sich mehrheitlich durch die gewaltige Propagandaschlacht von Vattenfall, SPD-CDU-FDP, Handelskammer, Unternehmerverbänden und Springerpresse nicht beirren lassen. Trotz massiver Unterstützung durch die meisten Medien und offener Lügen („nur Rohre und Kabel“, „2 Mrd. aus dem Haushalt“ usw.) hat sich die Erkenntnis durchgesetzt: Fernwärmeversorgung und die Strom- und Gasnetze gehören in die Hand der Stadt, denn

- ▶ sie müssen dem Gemeinwohl dienen und nicht dem Profit der Energiekonzerne
- ▶ eine wirkliche Energiewende, weg von Kohle und

Atom, hin zu einer sozial gerechten, klimaverträglichen Energieversorgung aus erneuerbaren Energien ist mit Vattenfall, E.on & Co. nicht möglich

- ▶ die Stadt muss endlich wieder Einfluss auf die Entwicklung der Energieversorgung Hamburgs bekommen.

443.000 HamburgerInnen haben gezeigt, dass „die da oben“ doch nicht machen können, was sie wollen. Sie haben mit dem erfolgreichen VE die Tür aufgestoßen zu einer neuen Energiepolitik Hamburgs, die Klimaschutz ermöglicht und Energiearmut verhindert. Ein wichtiger Schritt neoliberaler Privatisierung wird rückgängig gemacht. Grundlage für diesen großen Erfolg war ein sehr breites Bündnis, zu dem Attac, BUND und Robin Wood ebenso gehörte wie die beiden großen Mietervereine und die Diakonie des Ev.-Luth.Kirchenkreises Hamburg-Ost. Insgesamt über 50 Organisationen unterstützten UHuN. Bei aller Unterschiedlichkeit einten sie die Ziele des VE. UHuN stellte – wie wir es formulieren würden – die Eigentumsfrage. Das Bündnis ging zugleich einen entscheidenden Schritt darüber hinaus, indem es die Notwendigkeit betonte, Unternehmensziele für die neuen öffentlichen Unternehmen festzulegen und eine demokratische Kontrolle zu gewährleisten.

Die Übernahme in die Öffentliche Hand ist eine notwendige, aber keine hinreichende Voraussetzung für ein sozial und ökologisch sinnvolles Handeln der Unternehmen. Hinzu kommen muss zweierlei:

Erstens eine klare Zweckbestimmung, die als Unternehmensziel verbindlich festgeschrieben wird: Wir wollen Gebrauchswertproduktion, hier die



Bereitstellung von Strom und Wärme aus dezentralen regenerativen Quellen zu sozial gerechten Preisen.

Zweitens eine effektive demokratische Kontrolle. Voraussetzung ist eine umfassende Transparenz: Diejenigen, die kontrollieren sollen, müssen über alle relevanten Unternehmensdaten verfügen. Die Erfahrungen der letzten Jahrzehnte zeigen außerdem, dass eine demokratische Kontrolle nur durch ein Kommunal- oder Landesparlament oder den Bundestag oft nicht funktionieren. Die Deutsche Bahn etwa ist zu 100 Prozent im Besitz des Bundes, agiert aber – auf Geheiß der Bundesregierung und zum Schaden der BürgerInnen – wie ein privater Konzern. Unternehmensverbände und einzelne große Konzerne üben über die etablierten Parteien massiven Einfluss aus. Zur parlamentarischen Kontrolle muss deshalb eine direkt-demokratische hinzu kommen. Beispiele, die übertragbar wären:

- ▶ Es gibt die VertreterInnenversammlungen der Sozialversicherungen. Gäbe man denen mehr Einfluss, hätten wir dort eine demokratische Kontrolle durch die VertreterInnen der Versicherten.
- ▶ Ebenso gibt es das Modell des Beirats (Verwaltungsrats o. ä.) aus VertreterInnen wichtiger gesellschaftlicher Gruppen (Gewerkschaften, Umwelt- und Sozialverbände ...) und
- ▶ es gibt die Möglichkeit, Menschen z. B. in Stadtbezirken direkt zu wählen oder nach dem Zufallsprinzip auszuwählen.

Von großer Bedeutung ist auch die Unternehmensform, weil verschiedene Rechtsformen unterschiedliches Maß an Transparenz und an demokratischer Kontrolle ermöglichen. Aus diesen Gründen ist öffentlich-rechtlichen Unternehmensformen (wie etwa der Anstalt des öffentlichen Rechts, AÖR) der Vorzug zu geben vor privat-rechtlichen Unternehmensformen (AG, GmbH usw.) Der Gesetzentwurf des Berliner Energietischs bietet Ansätze, die so oder ähnlich für Hamburg verwendet werden könnten.

Neoliberale Privatisierungspolitik.

Seit Anfang der 90er Jahre ist in großem Umfang öffentliches Eigentum privatisiert und damit dem Profitstreben großer Konzerne unterworfen worden. Wohnungen, Bildungseinrichtungen, Krankenhäuser, Wasserversorgung und Abwasserentsorgung, Stadtreinigung, Post und Telekommunikation und vieles mehr wurden verkauft. Die Privatisierung und Zerschlagung der Post z. B. führte zum Abbau zigtausender Arbeitsplätze und zur Ausbreitung von prekären Beschäftigungsverhältnissen in den verbleibenden Belegschaften von Deutscher Post, Telekom und Postbank. Letztere gehört inzwischen der Deutschen Bank.

Hintergrund dieser Privatisierungs- und Deregulierungswelle war (und ist) die Absicht, lukrative Anlagemöglichkeiten für das große Kapital zu schaffen. Durch die Politik der Lohnsenkung bei immer intensiverer Ausbeutung, der Niedriglöhne in prekären Arbeitsverhältnissen, der Senkung von Renten und Transfereinkommen und

der skrupellosen Ausbeutung der Naturreichtümer insbesondere der armen Länder des Südens entstanden Hunderte von Milliarden zusätzlicher Profite. Deren Anlage war in den bestehenden Produktions- und Dienstleistungsbereichen kaum mehr möglich, Diese Profite sollten gleichwohl mit hoher Rendite investiert werden. Die (Teil-) Privatisierung von Renten und Gesundheitsversorgung und anderer Bereichen gesellschaftlicher Daseinsvorsorge, wie die oben genannten, gehörten und gehören dazu. Dieser Prozess wurde durch die Politik der Schröder/Fischer – Regierung erheblich beschleunigt.

Hamburg braucht neue Stadtwerke. Neben Hamburg Energie, Hamburg Wasser, den neuen Netzgesellschaften Strom und Gas sowie der Fernwärmegesellschaft sollten mittelfristig weitere öffentliche Unternehmen, z.B. die Hamburger Hochbahn, dazu gehören. Zur Entwicklung konkreter Formen direkt-demokratischer Einflussnahme ist ein breiter gesellschaftlicher Diskurs zu organisieren. In diesen ist UHuN ebenso einzubeziehen wie Umwelt- und Sozialverbände und Gewerkschaften.

Des Weiteren fordern wir für die Beschäftigten, die im Rahmen eines Betriebsübergangs nach §613a BGB übernommen werden, einen dauerhaften Bestandsschutz für sämtliche tariflich vereinbarten Beschäftigungsbedingungen.

Jetzt gilt es, den SPD-Senat, der „in vertrauensvoller Zusammenarbeit“ mit dem Atom- und Braunkohlekonzern Vattenfall alles versucht hat, den VE zu verhindern, zur vollständigen Umsetzung zu bewegen. Die Volksinitiative und zahlreiche HamburgerInnen werden sehr genau darauf achten, ob der Senat und die SPD-Fraktion „unverzüglich alle notwendigen Schritte“ unternehmen, um den Volkswillen umzusetzen. Und auch DIE LINKE und ihre Bürgerschaftsfraktion werden darauf achten, dass der SPD-Senat nicht versucht, das Ergebnis des Volksentscheids zu unterlaufen.

Wird der Volksentscheid in diesem Sinne umgesetzt, steht Hamburg vor einer energiepolitischen Zeitenwende: Die Fernwärmeverversorgung kann schnell dem Gemeinwohl verpflichtet werden, weil das ganze System übernommen wird. Bei der Strom- und Gasversorgung werden als erster Schritt die Netze diesem Prinzip untergeordnet. Dem Ziel, die gesamte Energieversorgung dem Profitprinzip, also dem Kapitalverwertungsprozess zu entziehen, ist Hamburg ein großes Stück näher gekommen. Mit dem Schwung der neuen Energiebewegung, die in den letzten Jahren in Hamburg entstanden ist, kann das gelingen.

DIE LINKE wird auch in Zukunft dafür eintreten, dass alle Bereiche gesellschaftlicher Daseinsfürsorge wie Wasser- und Energieversorgung, Öffentlicher Verkehr, Krankenhäuser, Bildung usw. in öffentlichem Eigentum bleiben bzw. wieder vergesellschaftet, also in die Hand der Kommunen überführt werden.

Gilbert Siegler

ist energie- und umweltpolitischer Sprecher der LINKEN Hamburg und Mitglied im Landesvorstand

Mutti und ihre Volksparteien

Nach dieser Wahl gibt es drei Koalitionsmöglichkeiten. Wer passt nun am besten zu wem?

Gleich nach den Wahlen wollte Die Linke die SPD und die Grünen dazu bringen, gemeinsam im Bundestag den gesetzlichen Mindestlohn zu beschließen. Damit hätten alle drei Parteien einen Punkt ihrer Wahlprogramme verwirklichen können. Die Demarche hatte keinen Erfolg. Damit ist wieder einmal die Frage gestellt, ob Wahlprogramme eigentlich ernst gemeint sind. Wenn ja, dann hätte eine Koalition aus SPD, Linken und Grünen noch mehr von diesen Programmen verwirklichen können. Wenigstens die SPD wäre so ihren Wählern entgegengekommen, denn diese stammen ja in ihrer Mehrheit nicht aus derselben gesellschaftlichen Schicht wie die Wähler der Unionsparteien.

Was verbindet die SPD mit den Unionsparteien? Nun läuft alles auf eine Koalition der Volksparteien CDU/CSU und SPD hinaus. Was aber haben diese beiden Parteien gemeinsam? Bei den Wahlprogrammen gibt es doch wesentliche Unterschiede, allem voran die von der SPD geforderten Steuererhöhungen. Was ermöglicht ihnen dennoch eine Koalition? Eine Antwort lässt sich in Handbüchern der Politikwissenschaft finden, so im Kleinen Lexikon der Politik von Nohlen/Grotz. Da heißt es: Die „Massenintegrationsparteien auf Klassen- oder Konfessionsbasis“ werden umgeformt hin zur „Allerweltpartei (catch-all party), zu einer echten Volkspartei“ Sie werben damit, „schich-

tenübergreifend und weltanschaulich verbindend breite Wählerschichten in sich aufzunehmen und in ihrer Interessenvielfalt ausgleichend vertreten zu wollen.“ Deshalb, so Meyers großes Taschenlexikon, sind sie „zum internen, vorparlamentarischen Ausgleich entgegengesetzter wirtschaftlicher und sozialer Interessen gezwungen.“ Den Unionsparteien mit ihrem Wirtschafts- und ihrem Sozialflügel gelingt das offenbar. Aber nicht immer: Als Merkel vor den Wahlen 2005 Kirchhoff in ihr Kompetenzteam holte und sich so dessen Steuerpläne zu eigen machte (Grenzsteuersatz 25 Prozent, weniger Steuern für hohe Einkommen), haben die Unionsparteien im Vergleich zu ihren anfänglichen Umfragewerten mächtig verloren. Und auch die SPD hat sehr viele Stimmen eingebüßt, weil sie gegen das Interesse der Mehrheit ihrer Wähler Hartz IV und die Rente mit 67 durchgesetzt hat. Aber dennoch: Wer sich als Allerweltpartei versteht, muss davon überzeugt sein, dass ein Interessenausgleich nicht nur innerhalb der eigenen Partei gelingt, sondern ebenso gut mit jedem Koalitionspartner. Grundsätze, ja nur Realitätssinn sind bei Mitgestalten und Mitregieren, bei „Wir wollen Verantwortung übernehmen“ nur lästig.

Von der Volkspartei zum populären Volkskanzler, der über den Parteien steht, ist es nicht weit. Am Wahlabend, als Merkels Erfolg mit den ersten



Hochrechnungen deutlich wurde, schrieb Oliver Stock, der Chefredakteur vom Handelsblatt Online, eilig einen Artikel mit dem Titel „Die Volkskanzlerin“. Schön und gut. Ludwig Erhard ließ sich in den 1960er Jahren ebenfalls Volkskanzler nennen. Zu bedenken aber ist: Goebbels und Göring nannten den Reichkanzler Hitler zu Beginn seiner Herrschaft gerne Volkskanzler. (Postkarten mit „Volkskanzler Hitler am Tegernsee“ – in Zivil – gab es auch zu kaufen.) Damit sind Erhard oder Merkel keine Faschisten, aber warum das identische Schlagwort vom Volkskanzler? Immerhin legt es nahe, dass die Volkskanzlerin und die Volksparteien am besten zusammenpassen – wäre da nicht das Volk mit sehr unterschiedlichen, ja äußerst gegensätzlichen Interessen!

Reichtum und Parteienbindung.

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) hat kurz vor der Wahl in seinem Wochenbericht 37/2013 den Zusammenhang zwischen Parteienbindung, Einkommen und Vermögen der Haushalte untersucht. Das Ergebnis: Wohlhabende neigen zu CDU/CSU und FDP – und zu den Grünen (so der Titel der Studie). Die Ergebnisse lassen sich so zusammenfassen: Die Studie geht von fünf Einkommens- und Vermögensschichten aus. Wenn sich bei den einzelnen Parteien jeweils 100 Leute aus dem reichsten Einkommensfünftel an die betreffende Partei gebunden fühlen, wie viele Leute sind es dann aus dem ärmsten Einkommensfünftel? Bei der CDU/CSU kommen auf 100 Reiche 70 Arme, bei den Grünen ist das Verhältnis mit 100 zu 73 ähnlich. Die FDP ist eine echte Reichenpartei. Hier kommen auf 100 Reiche 42 Arme. Der SPD dagegen neigen 100 Reiche und 133 Arme zu. Bei der Linken ist die Relation wesentlich ausgeprägter: Wenn sich 100 Personen aus dem reichsten Einkommensfünftel an Die Linke gebunden fühlen, dann sind es 461 Personen aus dem ärmsten Einkommensfünftel. (Wird nicht die Einkommens-, sondern die Vermögensschichtung zugrundegelegt, sind die Unterschiede noch ausgeprägter.) Weiter zeigt die Studie, dass die Umfragen kurz vor der Wahl der so ermittelten Parteienbindung entsprechen.

Auf der Grundlage der Parteienbindung ist demnach nicht die SPD der richtige Partner für Kanzlerin Merkel, sondern die Grünen. Aber die Unionsparteien trauen ihnen nicht so recht. Auch wenn Trittin vom CSU Generalsekretär Dobrindt nicht mehr „verknöchertes Alt-68er“ genannt wird, „der Missionierungseifer der Grünen und ihr immer wieder aufflackernder Weltverbesserungsdrang schüren das ohnehin tiefsitzende Misstrauen der Konservativen in der Union.“ (TAZ net 11.10.) Aber ist diese Aversion gerechtfertigt? Haben die Grünen nicht gleich nach der Wahl die Verknöcherten, so Trittin, beseitigt? Der hat das Wahlprogramm engagiert vertreten, wonach die öffentliche Verschuldung dramatisch gewachsen sei, während hohe Einkommen und Vermögen seit Jahren geringer besteuert würden. Und auch die Bundesvorsitzende Claudia Roth ist gegangen. (In ihrer Abschiedsrede sagte sie: „Aber die Position der Alternative dürfen

wir nie aufgeben.“ Ist diese Position mit ihr abgetreten?) Nun werden Winfried Kretschmann und seine Richtung vermehrt den Ton angeben.

Die Wende der Grünen ist ein Lehrbeispiel für die ökonomische Theorie der Demokratie. Diese behauptet: Die Parteien bieten Politik an, die Wähler fragen sie nach. Bleibt die Nachfrage aus, wird das Politikangebot, so das Politikprodukt Steuererhöhung, nicht mehr hergestellt. Aber dann gestalten die Parteien nicht, sondern lassen sich von der öffentlichen, der veröffentlichten Meinung formen – und von denjenigen, die sie machen. Sie rennen hinter der Bewusstseinsindustrie her, statt geduldig und beharrlich die öffentliche Meinung, die Einstellungen zu verändern. So wirken sie in fataler Weise mit bei der politischen Willensbildung des Volkes im Sinne des Artikels 21 des Grundgesetzes. Das Ergebnis ist dann, wie Gregor Gysi das nennt, „Einheitssoße“.

Große Koalition ist Herumwursteln.

In einer großen Koalition kann die SPD das Interesse der Mehrheit derer nicht umfassend vertreten, die sich an die SPD gebunden fühlen. Worin besteht dieses Interesse? Das Volkseinkommen ist anders zu verteilen, für mehr Lohn, mehr Freizeit, mehr und besseren öffentlichen Dienst, für hinreichende Altersrenten. Also höhere Steuern auf die hohen Einkommen und Vermögen, ein gesetzlicher Mindestlohn, Stärkung der Gewerkschaften durch die Gesetzgebung, keine Flexibilisierung des Arbeitsmarktes. Von all dem bleibt allenfalls ein gesetzlicher Mindestlohn. Von den anderen Forderungen der SPD an die CDU/CSU, so die Bekämpfung des Missbrauchs von Leih- und Zeitarbeit und von Werkverträgen, oder die wenigstens teilweise Beseitigung von befristeten Arbeitsverträgen, wird wohl am Ende der Wahlperiode kaum etwas zu sehen sein. Die Wahlergebnisse von 2009 aber zeigen deutlich, wie bedeutend der Zusammenhang von Einkommen, Vermögen und Parteienbindung für das Wahlverhalten ist. Die Mitglieder und die Funktionäre der SPD wissen das: Nach einer Forsa-Umfrage für den Stern (26. September) sind 65 Prozent der SPD-Mitglieder und 70 Prozent der Funktionäre gegen eine Koalition mit der CDU/CSU. Am 15.10 hat INSA im Auftrag von „Bild“ den Zuspruch der Deutschen für eine Große Koalition untersuchen lassen: 62 Prozent der deutschen Wahlberechtigten rechnen mit der Bildung einer Großen Koalition, aber nur 32 Prozent wünschen sie sich. Die Ergebnisse der Umfragen verändern sich allerdings – und werden verändert. Die Umfragen für ARD und ZDF beispielsweise informieren nur noch über die Meinung der Wahlberechtigten und der SPD-Wähler. Da steigt die Zustimmung. Über die Meinung der SPD-Mitglieder erfahren wir wenig.

Was bedeutet das alles für Die Linke? Indem sich die SPD weiter zerstört, wird Die Linke Erfolg haben, wenn sie bei ihrem Programm bleibt. Die Umfragen zu Neuwahlen zeigen das. Mittlerweile wird für Die Linke mit zehn Prozent gerechnet.

Herbert Schui ist Redakteur dieser Zeitschrift

ren muss. Gesellschaftliche Kämpfe müssen eben meist auch mit Gestaltungswillen vorbereitet werden, mitmachen alleine ist zu wenig.

Es bietet sich an, eine solche Perspektivvororientierung der Partei nicht auf das eigene Gebiet zu beschränken, sondern die bereits bestehenden internationalen Verbindungen zu nutzen.

Riexinger zielte in seiner Rede vor dem BA abschließend in diese Richtung: Die Verbesserung der internationalen Arbeit vorantreiben, z.B. durch Themengruppen der europäischen Linken, die sich abwechselnd in Kommunen treffen, sich austauschen und den Dialog mit Gruppen außerhalb der Partei suchen und befruchten helfen.

Damit diese Gedanken nicht im Orbit der Wahlstatistiken und Überlegungen, zu einer Regierungspartei zu werden, untergehen, sollte die Diskussion hierüber bald beginnen.

Dann wäre die Überschrift über diesen Beitrag gleich Programm.

Regieren, Opponieren oder Tolerieren?

Von Martin Wittmack

Weder unser Bundestagswahlprogramm noch das Erfurter Grundsatzprogramm kennen den Gegensatz zwischen antikapitalistischer Oppositionspartei und der Bereitschaft mit SPD und Grünen Möglichkeiten für einen Politikwechsel auszuloten. Wir definieren uns als plurale Kraft der politischen Linken, die „aus der sozialistischen, sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeiterbewegung sowie aus feministischen und anderen emanzipatorischen Bewegungen“ Quellen schöpft. Ein großer Teil der wahlpolitischen Erfolge ist eben nicht daraus abzuleiten, dass eine der Quellen der »Mosaiklinken« besonders viel dazu beiträgt, sondern der produktive Widerspruch zwischen den

unterschiedlichen Quellen macht DIE LINKE relativ erfolgreich. Anders gesprochen: Für viele Wähler_innen (im Übrigen auch von mehr Mitgliedern als wir häufig annehmen) ist DIE LINKE nicht wegen dem vermeintlichen Oberrealo Dietmar Bartsch oder wegen der angenommenen antikapitalistischen Ikonie Sahra Wagenknecht attraktiv, sondern weil die Partei – trotz des Spannungsbogens zwischen rein oppositionellem Antikapitalismus und sozialistischem Gestaltungswillen – gemeinsam handlungsfähig ist. Sowohl unser Wahlprogramm als auch das Grundsatzprogramm greifen diesen Widerspruch auf. Und das, indem sie eben keine Form der Durchsetzung unserer politischen Inhalte a priori ausschließen. Aber wir definieren uns eben auch nicht beliebig als geborene parlamentarische Oppositionspartei oder als linke Gestaltungskraft im Wartestand. „Haltelinien“ oder anders gesprochen: Mindestbedingungen für einen Politikwechsel, ergänzt um die Einsicht, dass es nur zusammen mit starker außerparlamentarischer Bewegung geht, sind hierfür der programmatische Ausdruck.

Wir sind in diesen Wahlkampf mit folgenden strategischen Aussagen gegangen: Wir sind der Stachel im Fleisch der etablierten Parteien. Wir zeigen klare Kante und haben konkrete Vorschläge für soziale Gerechtigkeit und Umverteilung, für eine radikale Friedenspolitik, für eine umfassende Demokratisierung der Gesellschaft, sowie für eine nachhaltige Politik. Und wir sind bereit diesen Politikwechsel auch umzusetzen. Aber wir sind nicht bereit, beliebig unsere Inhalte auf dem Altar von Koalitionen zu opfern. Wir sind also eine glaubwürdige Alternative zum neoliberalen Mainstream der Etablierten, die einen Politikwechsel in jeder Konstellation vorantreiben will, ohne unser Ziel aus den Augen zu verlieren, für demokratisch-sozialistische Verhältnisse zu kämpfen.

Diese Ausrichtung ist eine große Herausforderung: an die Gesellschaft, an uns selbst, aber eben auch gegenüber anderen Parteien und eben insbesondere gegenüber der SPD und den Grünen. Viele unserer Wähler_

innen (aber auch Nicht- und Anderswähler_innen) verstehen dies sehr genau: Sie erwarten von uns, dass die im Wahlkampf von uns ausgesprochene Herausforderung auch nach der Wahl gelten soll. Angesichts von möglichen parlamentarischen Mehrheiten, sollen wir auch den Willen haben, diese für einen Politikwechsel nutzen zu wollen.

Viele Genoss_innen sind der Meinung, dass „Koalitions- und Tolerierungsangebote“ vor allem ein taktisches Mittel seien, um Grüne und SPD vorzuführen: Sie als Linksblinker und Rechtsabbieger zu entlarven. Dieses Argument halte ich für grundfalsch, weil dies implizieren würde, dass unsere Haltelinien nicht wirklich ernst gemeint sind oder gar nur ein innerparteiliches Mittel sind, um vermeintliche Realos an Regierungsbeteiligungen zu hindern. Und diese „Unehrlichkeit“ merken die Menschen natürlich schnell; mit allen negativen Folgen, die dies hat.

DIE LINKE ist angetreten, um einen Politikwechsel durchzusetzen. Die strategische Situation für uns ist dabei natürlich schwierig: Die herrschende Klasse Deutschlands gehört zu den Hauptprofiteuren der gegenwärtigen ökonomischen Krise und selbst Brosamen reichen gegenwärtig für relative Ruhe im Lande, weil vielen Menschen die südeuropäischen Verhältnisse vor Augen stehen. Es gibt eben keine große gesellschaftliche Bewegung für den notwendigen Politikwechsel und mit der AfD versucht sich die nächste rechtspopulistische Kraft zu etablieren.

Gerade vor diesem Hintergrund ist es eine große politische Chance, die gesellschaftliche Debatte um Grenzen, Möglichkeiten, Risiken und Chancen eines Rot-Rot-Grünen Projektes jetzt anzustoßen. Nicht um zunächst eigene Positionen zu modifizieren, sondern um unsere Alternativen zum „Weiter so“ der Großen Koalition denkbarer und mehrheitsfähig zu machen. Denn nur wenn Alternativen breiter in der Gesellschaft diskutiert werden, wird es andere Mehrheiten geben können, mehr gesellschaftliche Bewegung und letztlich auch einen Politikwechsel.

Sind wir fit für Kommunalpolitik?

Die Ausrichtung auf aktive Kommunalpolitik ist ein Schlüssel zum Erfolg für die Wahlen im Mai 2014

Die Bundestagswahl ist gelaufen, der Volksentscheid zur Kommunalisierung der Hamburger Energienetze auch. Eine Woche später demonstrieren in vielen deutschen Großstädten gleichzeitig viele Menschen unter dem Motto „Keine Profite mit der Miete“ gegen den Mietwahnsinn. Im Mai nächsten Jahres finden die nächsten Bezirksversammlungen statt, zeitgleich mit den Europawahlen. Bis dahin wird die SPD im Bund nach Lage der Dinge in einer Merkel-dominierten Großen Koalition versuchen, ihr „Profil“ zu zeigen, um Verluste wie nach der letzten Großen Koalition durch größere Widerspenstigkeit zu vermeiden. In Hamburg wird das „System Scholz“ versuchen, den jüngst durch den verlorenen Volksentscheid entstandenen Riss zu kitten. Das Bekenntnis des Bürgermeisters, Anhänger von Volksentscheiden zu sein und für deren verbindliche Umsetzung Sorge zu tragen, ist zunächst nur ein Versprechen, dessen Einlösung die Zeit bis zu den kommenden Bezirksversammlungen mit politischen Auseinandersetzungen ausfüllen wird. Denn viele vermuten nicht zu Unrecht, dass Vattenfall durch die Hintertür (Aus-schreibungstricksereien bei der Auswahl der Betreiber-gesellschaft) wieder ins Spiel gebracht werden könnte.

Es fällt auf, dass in den Bezirken bei größeren Planungsvorgängen zunehmend Bürgerbeteiligungsprozesse stattfinden. In Eimsbüttel z.B. hat dies Bezirksamtsleiter Sevecke offiziell angekündigt. Diese „Beteiligungsorientierung“ ist nicht zuletzt eine Folge zweier gegen SPDGRÜNECDUFPD gewonnener Bürgerentscheide (Ho-

heluft-Kontor und Eidelstedter Zentrum). Angeregt wurde durch diese Entwicklung aber auch durch ein qualifiziertes Rechtsgutachten von Lena Dammann, das die Bürgerschaftsfraktion in Auftrag gegeben hatte und in Eimsbüttel eine wichtige Rolle spielt. Dabei haben wir die Erfahrung gemacht, dass es von unserem Engagement und den vorhandenen Qualifikationen abhängt, ob aus diesen Veranstaltungen bloßes „Akzeptanzmanagement“ zur Überspielung von Investoreninteressen und technokratischen Verwaltungsvorgaben wird oder ob sich Bürgerideen und soziale Anliegen im Interesse der Stadt(teil)entwicklung durchsetzen. Beispiele gibt es in Eimsbüttel für das eine wie für das andere.

Die LINKE hat, wie wir wissen, bei der Bundestagswahl ca. drei Prozent verloren, in den Großstädten allerdings weniger als im Bundesdurchschnitt. Nachdenklich machen muss die Wanderung von ca. 360.000 Wählerstimmen zur rechtspopulistischen AfD, deren Führungspersonal in Hamburg sitzt. Hamburg liegt erstmalig mit 8,8 Prozent leicht über dem Bundesergebnis. Das hat sicherlich mit der guten Arbeit und dem gewinnenden Auftreten unseres Bundestagsabgeordneten Jan van Aken zu tun, aber auch mit der anerkannt guten Arbeit unserer Bürgerschaftsfraktion. Ist aus diesem Ergebnis auch eine Anerkennung für unsere in den Bezirksversammlungen geleistete Arbeit abzulesen? Diese Frage kann ich nicht beantworten, aber dennoch sind diese Ergebnisse kommunalpolitisch verwertbar, wenn aus ihnen die richtigen Schlussfolgerungen gezogen werden,



wozu ich später kommen werde. Und dann der gewonnene Volksentscheid! Nach der Niederlage gegen den konservativ-bürgerlichen Scheuerl-Block zur Primarschule ist der Sieg über das „Machtsystem Scholz“ nicht hoch genug zu veranschlagen: Gegen die geballte finanzielle und politische Macht aus Senat, Hamburger Wirtschaft, Springerpresse und Scholz-ergebenen Gewerkschaftern konnte ein, wenn auch knapper Sieg errungen werden. Die IG BCE, die gerade einen harten und langwierigen Arbeitskampf bei Neupack hinter sich gebracht hatte, fand sich jetzt im trauten Kreis mit jenen zusammen, die noch gestern ihre Giftpfeile gegen die BCE und ihren Streik abgeschossen hatten. Peinlich war auch das Auftreten von Wolfgang Rose und Wolfgang Abel im Chor mit Scholz, Vattenfall und Co. Dieser Kniefall vor Scholz stellt einen glatten Verstoß gegen den ver.di-Bundesbeschluss zur Rekommunalisierung von Energienetzen dar, der für die innergewerkschaftliche Willensbildung nicht ohne Folgen bleiben darf. Auf jeden Fall hat sich gezeigt, dass mit dem Volksentscheid richtig angesetzt wurde, nämlich an den Erfahrungen und Interessen der großen Mehrheit der HamburgerInnen, die die exorbitant steigenden Mieten nicht mehr zahlen können, horrenden Mietnebenkosten durch Wärmedämmung zu tragen haben, durch Gentrifizierung aus ihren angestammten Wohnbereichen verdrängt werden. Gleichzeitig machen sie die Erfahrung, dass das Wohnungsbauprogramm von Scholz mit seiner einseitigen Fixierung auf Neubauten an der Mietenexplosion nichts ändert, sondern sich als gigantisches Förderungsprogramm für profitorientierte Investoren erweist. Es ist lächerlich und längst widerlegt, die Renditeorientierung als Schlüssel für die Überwindung der Wohnungsnot und die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum zu propagieren, wie es Senatorin Blankau und der Senat fortwährend tun. Und wenn dann im Zeichen der „Nachverdichtung“ noch verbliebene soziale und öffentliche Räume zugebaut werden sollen, wird jeder Widerstand der AnwohnerInnen unisono als eigennützig gebrandmarkt und die „Nimby“-Keule (Not in my backyard) geschwungen. Denn häufig geht solchen „Zubauungen“ keine frühzeitige und umfassende AnwohnerInnenbeteiligung voraus, in der kreative und soziale Anregungen eingebracht werden könnten, um Nachverdichtungen sozial und städtebaulich verträglicher zu gestalten.

Und hier sind wir bei einem Thema, das im Spielfeld der Kommunalpolitik angesiedelt ist und von unserer Partei in Hamburg noch nicht hinreichend bearbeitet wird. So wird in letzter Zeit immer häufiger das Bürgerinteresse artikuliert, an der Gestaltung und Entwicklung ihres Stadtteils stärker beteiligt zu werden. In Eimsbüttel entstehen Bürgerinitiativen zur Entwicklung sozialer und kommunikativer Stadtteilzentren („Grünes Zentrum Eidelstedt“, „Neue Mitte Stellingen“, „Neue Mitte Lokstedt“), die regen Zulauf durch AnwohnerInnen erhalten und nach Lösungen suchen, die dem Anspruch nach menschengerechten, vom Druck kommerzieller Interessen freier öffentlicher Räume gerecht werden sollen, in denen man wohnen, leben und gemeinsam Freizeit verbringen möchte. Nicht selten steht dabei der Wunsch nach Marktflächen und bürgernahe Versorgung und Dienstleistung im Vordergrund

und nicht protzige „Malls“, die mit überdimensioniertem Raumbedarf und als kalte Betonklötze alles erschlagen, was soziale und öffentliche Räume brauchen.

Ist das nicht ein originärer Ausdruck dafür, was wir das „Recht auf Stadt“ nennen? Und: Kann man nicht all das zusammendenken und zu einem politischen Prozess zusammenführen, in dem die Forderung nach bezahlbarem Mietraum, Kampf gegen Zwangsräumungen, das Grundrecht auf Wohnen, Verstärkung des sozialen Wohnungsbaus in den Stadtteilen, Deckelung von Mieterhöhungen und Verbot von Mietsteigerungen bei Neuvermietungen, Durchsetzung des kommunalen Vorkaufsrechts usw. als zusammengehörig formuliert werden? Schluss gemacht werden muss endlich mit der jährlichen 100-Millionen-Abführungsverpflichtung der SAGA an den Senat, damit wieder mehr Sozialwohnungen gebaut werden können! Wird es nicht Zeit, dass sich die verschiedenen Protagonisten zusammenfinden und sich Gedanken darüber machen, wie man diese politische Bewegung in Hamburg auf einen Nenner bringt? Das geschieht auf den verschiedenen Ebenen und Foren wie Demonstrationen, Hausbesetzungen, Aktionen gegen Zwangsräumungen, Entwicklung städtebaulicher Ideen aus den Bezirksfraktionen, Beteiligung der LINKEN an den Aktivitäten zur Stadtteilentwicklung vor Ort, gesetzliche Initiativen der Bürgerschaftsfraktion usw. Welche Hauptlosung könnte diese Hamburger Bewegung haben? Vielleicht: „Bezahlbare Mieten, soziale Stadtentwicklung, Wohnen als Grundrecht – für das Recht auf Stadt!“?

Wenn sich unsere Partei für die Bezirksversammlungen im Mai 2014 aufstellt, dann sollten diese Fragen eine größere Rolle spielen und bei der Wahl von KandidatInnen berücksichtigt werden. In Hamburg als „Einheitsgemeinde“ haben die Bezirksversammlungen einen schwachen politischen und juristischen Status, deren Entscheidungen jederzeit durch „Evokationen“ des Senats aufgehoben werden können. Scholz und die SPD machen keine Anstalten, das völlig überholte Hamburgische Bezirksverwaltungsgesetz zu reformieren und den Bezirken politische und Budgetrechte zu überlassen, wie sie etwa in Berlin bestehen. Dazu gehört insbesondere ein eigenes Budgetrecht. Anfangen könnte man mit der Durchsetzung von eigenständig verwalteten Quartiersfonds. Auch hier muss ein politischer Kampf um Bezirksdemokratie, gegen den bürokratischen Scholz-Zentralismus geführt werden, der die bezirkliche Demokratie immer wieder aushebelt und damit auch die Politikverdrossenheit verstärkt. Einzig auf dem Gebiet der Bauplanung und Stadtentwicklung haben die Bezirke tatsächlich Entscheidungs- und Sanktionsrechte, die noch zu schwach wahrgenommen werden.

Das sollte die Hamburger LINKE veranlassen, sich auf diesem Feld stärker als bisher zu aktivieren und die dafür erforderlichen Qualifikationen zu erwerben. Die Leute wählen bei den Kommunalwahlen Abgeordnete, die sie kennen und die was vor Ort bewirken. Dafür muss man fit sein und sich vor Ort tummeln!

Hartmut Obens ist Fraktionsvorsitzender der LINKEN in der Bezirksversammlung Eimsbüttel

Geschlossene Unterbringung

Ein kurzer Problemaufschluß

Geschlossene Unterbringung (GU) hält sich in der Praxis von Jugendhilfe und Heimerziehung und in der theoretischen Erörterung offenbar als unendliche Geschichte; unübersehbar verknüpft mit politischer Inszenierung, Überlegungen und Intentionen aus Ordnungspolitik und Staatsräson sowie pädagogisch-psychologischem Meinungsstreit; also eingebettet in einen übergreifenden Kontext von Denkfiguren, und damit als ein hochpolitisches Thema, weit über sozialpädagogisch-fachliche Erwägungen hinausreichend. Insbesondere in der Nachwendezeit wurde der damit verbundene strittige Problemgehalt deutlich. Die Aufmerksamkeit wird wiederum hochgespült durch vermutetes Fehlverhalten in gegenwärtig existierenden Geschlossenen Heimen (Haasenburg GmbH). GU gibt es also nach wie vor; trotz langjähriger eindeutiger Positionierung in der Fachwelt gegen solchen Einschluß. 400 bis 500 Kinder sind davon betroffen, wobei eindeutige Zahlen nicht vorliegen. Sie ist offenbar nicht tot zu kriegen. Das muß Gründe haben. Ich versuche nachfolgend einen Problemaufschluß aus persönlicher Sicht.

Relativ leicht läßt sich die mit dem Fragenkomplex verbundene politische Inszenierung erkennen und entschlüsseln. Sie erreichte einen fatalen Höhepunkt in der Medienkampagne 2012, in der die Speerspitze gegen die DDR gerichtet war (Torgau), in Ablenkung von GU in der BRD vor und nach der Wende; und sogar unter Mißach-

tung der Aussagen in Expertenberichten, die nachlesbar vorliegen. (Kauder forderte 2008 im Bundestag „Warnarrest, Erziehungscamps und die Anwendung des Erwachsenenstrafrechts“. Im Jahre 2012 gibt er sich als Gegner von GU und wirft der Hochschule in Hamburg vor, dem DDR-Funktionär Mannschatz, den er zum „Erfinder“ von Torgau hochstilisiert, eine Plattform zu eröffnen („Was interessiert mich mein Geschwätz von gestern“)). In der gegenwärtigen Medienberichterstattung über „Haasenburg“ wiederholt sich diese Art von Inszenierung.

Spürbar in der Erörterung sind auch Überlegungen aus ordnungspolitischer Sicht. Sie registriert und beklagt das störend-auffällige bis kriminelle Verhalten einzelner Kinder und Jugendlicher im öffentlichen Leben, die sich jedem Einfluß entziehen und Ordnungsregeln nicht einhalten. Wenn Politik unter dieser Sicht GU in der Zuständigkeit der Jugendhilfe verlangt bzw. befürwortet (vorzugsweise in Wahlkampfzeiten), dann „entlastet“ sie sich ihrerseits von der anteiligen Verantwortung für diese Tatsache, spielt deren Bedeutung wider besseren Wissens herunter und unterläßt diesbezügliche Überlegungen und Aktivitäten.

Ausführlicher soll hier auf den pädagogisch-psychologischen Meinungsstreit eingegangen werden. Im Zusammenhang mit den gegenwärtigen Erörterungen wird unter diesem Zugang einerseits rigoros die Schließung solcher Einrichtungen gefordert, andererseits ihr Erhalt befürwortet. Es wiederholen sich die bekannten Argumentationsmuster. Für GU wird ins Feld geführt: „Kinder und Jugendliche mit starken Bindungsstörungen bekommen in geschlossenen Heimen erst die Chance, zur Ruhe zu kommen und Beziehungen aufzubauen“ (ND 25./



26. Juni 2013). Diese Argumentation bleibt auch in diesem Wiederholungsfalle fragwürdig angesichts des Vorlebens der Kinder und Jugendlichen, die für GU in Frage kommen; und angesichts der Unvereinbarkeit des Grunddesigns von Erziehung mit gefängnisartigem Einschluß.

Kinder und Jugendliche, die in geschlossenen Heimen Aufnahme finden, haben in der Regel schon Vorerfahrungen dergestalt durchlebt, daß sie sich in ihrer Herkunftsfamilie mißverstanden oder vernachlässigt fanden und renitent zeigten oder aus ihr weggelaufen sind, zum Teil auf der Straße quasi in freier Wildbahn gelebt, oder eine „Jugendhilfekarriere“ ohne dauerhafte Bindung in einem Heim oder einer anderen Familie durchlaufen haben. Aus tragischer Verursachung heraus, nämlich Vernachlässigung oder Entfremdung im Elternhaus, haben sie sich ihrerseits jeglicher wohlgemeinter Einflußnahme entzogen. Aus dieser Haltung heraus ist nicht zu erwarten, daß sie ausgerechnet unter gefängnisartigen Bedingungen „Ruhe finden“ und förderliche Bindungen eingehen. Eine solche Erwartung in allen Ehren. Aber sie schrammt wohl eher an der Praxislage vorbei.

Vor allem aber ist gefängnisartiger Einschluß nicht geeignet als entwicklungsfördernde pädagogische Situation; bei allem eventuellen Bemühen der Erzieher, das innere Regime erträglich bis annehmbar zu gestalten. Sie bleibt entsprechend der Bedingungen in solchen Einrichtungen der absolute „Härtefall“ einer Auffassung und Praxis, die leider auch außerhalb von GU in der Heimerziehungswirklichkeit vorzufinden ist. Sie geht von der scheinbar plausiblen Vorstellung aus, daß Erziehung nur möglich sei, wenn man der Kinder „habhaft“ ist in einer Situation, in der ihnen Verhaltensvorschriften gemacht und sie zu Regelinhaltung veranlaßt werden. Auf diese Weise soll Gewöhnung an eine vorgegebene (fremdbestimmte) „Ordnung“ angebahnt werden; weitab von Mitwirkung seitens der Kinder und ihrem Einverständnis. Weniger außengesteuert und rigide gerät die Situation, wenn das Heimleben gelegentlich angereichert und aufgelockert wird durch Vorhaben mit Erlebnischarakter, welche den Erwartungen und Wünschen der Kinder entsprechen und an deren Projektierung sie beteiligt sind. Das ist aber unter den Bedingungen von GU nur bedingt möglich, weil solche Unternehmungen sich auf einen im wahrsten Sinne des Wortes begrenzten Lebensbereich beziehen und Außenkontakte nicht einbezogen werden können. Schon gar nicht kommt das Grunddesign von Erziehung zum Tragen, das beispielsweise Hans Thiersch mit Hinweis auf Makarenko so beschreibt, „daß junge Menschen in Schwierigkeiten dann zu sich selbst finden können, wenn man ihnen Aufgaben zumutet, wenn sie sich an Aufgaben bewähren können, und wenn sie durch diese Achtung vor ihrem Selbstkönnen im sozialen Verbund einen Ort in ihrem Leben – und von da aus in der Gesellschaft – finden“.¹ Mit Aufgaben dieser Art sind Projekte gemeint auf der Linie der Eröffnung einer Lebensperspektive für die Kinder mit der Anbahnung von verändertem Lebensverhalten; welche von den Kindern als persönliche Perspektive angenommen werden. In diesen Fällen gewinnt das Zusammenleben den Charakter von gemeinsamer Aufgabenbewältigung in Kooperation und gegenseitiger Verantwortung aller Beteiligten für Projektverwirklichung. Ich vermute oder be-

haupte, daß inhaltlich-qualitative Konzipierung auf dieser Linie quasi die Schicksalsfrage der Heimerziehung ist. Nur so gewinnt sie Zukunft und Perspektive. Sie darf nicht zur Unterbringung von Kindern und Jugendlichen im Stille wegsteckender Versorgung oder gar Sicherungsverwahrung verkommen oder in einem solchen Zustand verharren. Zugespißt ausgedrückt: Nicht sollte es heißen „der Junge war im Heim“, sondern „er hat an einem Projekt teilgenommen“; in der Regel auf schulische oder beruflichen Ausbildung bezogen. Dieses Grunddesign ist unter den Bedingungen von GU schlechterdings nicht zu verwirklichen.

Wenn wir mit unterschiedlichen Antworten auf die Frage „für oder wider GU“ konfrontiert werden; und zwar als Grundlage für Entscheidungen und für die Darstellung in der öffentlichen Erörterung, dann ist zu beachten, daß sie aus jeweils spezifischem Blickwinkel und aus einer jeweils spezifischen Interessenlage heraus hergeleitet sind; wie ich angedeutet habe. Da es aus sozialpädagogischer Sicht um das „Wohl der Kinder“ geht, muß die pädagogisch-psychologisch-fachwissenschaftliche Blickrichtung entscheidend sein und darf nicht verwässert werden durch Gesichtspunkte aus anderen Intentionen. Dieser Blickrichtung zufolge ermöglicht GU nicht Erziehung in ihrem wohlverstandenen Grunddesign, fördert eher als Wegschluß Unzufriedenheit, Bedrängnis und gesteigerte Aggressivität der Kinder und Jugendlichen. Deshalb ist GU abzulehnen; sie muß verboten werden. Sie ist nicht „kindgerecht“; hat im Emanzipationsdiskurs keine Berechtigung. Zudem ist es so, daß GU schon allein als angedrohte Option gewissermaßen als Endstufe des Ensembles von Hilfen zur Erziehung unter Umständen disziplinierende Maßnahmen in anderen „vorgelagerten“ Einrichtungen begünstigt oder berechtigt erscheinen läßt.

Erfahrungen deuten an, daß in den Ländern, in denen GU abgeschafft worden ist, das Nachdenken unter dem „Zwang“ dieses Umstandes befördert wird; wenn man von der „Verlegenheitslösung“ mit peinlichem Beigeschmack absieht, einzelne Kinder und Jugendlichen aus diesen Ländern in Geschlossene Einrichtungen außerhalb der Landesgrenzen einzuweisen (Haasenburg GmbH in Brandenburg). Dabei sollten wir uns bewußt sein, daß dieses Bestreben seitens Jugendhilfe und Sozialpädagogik weiterhin Widerspruch, Widerstand, kritisch-kämpferische Haltung gegen hegemoniale Tendenzen erfordert; denn diese lassen erkennen, daß es der vorherrschenden Politik erst in zweiter Linie um Kinder, Jugendliche und deren Familien als Adressaten Sozialer Arbeit geht, sondern in erster Linie um Erhalt oder Veränderung von Machtstrukturen, die mit diesem Feld verbunden sind. Diese regulieren, ob Themen der Kinder- und Jugendhilfe in einen „Emanzipationsdiskurs“ oder eher in einen „Sicherheitsdiskurs“ oder schlicht pragmatisch in alltagspolitische Inszenierungen eingebunden werden (vgl. „Widersprüche“ Heft 129 / 2013). Insofern ist und bleibt der Fragenkomplex GU eine hochpolitische Angelegenheit.

Dr. Eberhard Mannschatz, emeritierter Professor für Sozialpädagogik an der Humboldt-Universität Berlin

1) Hans Thiersch, Erziehungshilfen im Spiegel der Geschichte; in: Forum Erziehungshilfen, Heft 1/2012, S.9

Unterordnung und Gehorsam

Keine geschlossene Unterbringung von (Hamburger) Kindern und Jugendlichen in der Haasenburg und auch nicht anderswo!

Bereits zwei Mal hat Hamburg in den vergangenen 30 Jahren seine eigene geschlossene Unterbringung für Kinder und Jugendliche beendet. Im Jahre 1980 wurden im Zuge der Heimreform die geschlossenen Hamburger Heime insgesamt geschlossen. Das hielt bis zum Jahr 2002, als eine neue Regierung die Wiedereinführung diskutierte und im Jahr 2003 schließlich umsetzte. Diese Einrichtung in der Feuerbergstraße wurde nach fünf Jahren 2008 geschlossen: zu teuer, zu wenige Erfolge, aber vor allem, zu viel politische Unruhe. Und es wurde politisch ruhiger, das wohl. Aber diese zweite Abschaffung führte, wie schon die erste, lediglich zu einer Verlagerung der Geschlossenen Unterbringung in andere Bundesländer. Es wurden vermutlich nicht mehr, aber auch nicht weniger Hamburger Kinder und Jugendliche geschlossen untergebracht. Durch die Tageszeitung Hamburg und die parlamentarischen Anfragen der Grünen und der Linken wurde diese verschämte und heimliche Praxis erneut in den (fach)politischen und öffentlichen Diskurs getragen. Zwar hat es seit Abschaffung der geschlossenen Heimerziehung in den achtziger Jahren unter der fachlichen Leitlinie der „Lebensweltorientierung“ viele erfolgreiche Versuche ge-

geben, mit den „besonders Schwierigen“ ohne Geschlossene Heime umzugehen. Und dieser Verzicht auf die Geschlossenen Heime wird sinnvoll damit begründet, dass ein Abgleiten dieser Einrichtungen in autoritäre Asyle fast unvermeidlich erscheint, selbst, wenn ihre Protagonisten das nicht beabsichtigt haben. Die jetzt bekannt gewordenen repressiven und autoritären Zustände und Umstände in der Haasenburg zeigen das erneut. Und sie erinnern deutlich an die erst vor wenigen Jahren zu Recht skandalisierte Heimerziehung der 1950er und 60er, die – anders als die aktuellen Formen der Einsperrung – heute öffentlich, fachlich und politisch durchweg als menschenunwürdig verurteilt werden. Und auch ein Vergleich mit den geschlossenen Heimen in der DDR oder in Österreich drängt sich leider auf: Auch diese Einrichtungen werden heute völlig zu Recht als unmenschlich und unwürdig beurteilt.

Alle diese Einrichtungen eint, so unterschiedlich sie im einzelnen sein mögen, dass Merkmal totaler Institutionen: Systematische Demütigung der Individuen, Angriffe auf das Selbst, Entzug von und Verstoß gegen Grundrechte sowie die totale Unterordnung und Gehorsam sind ihr Kernmerkmal. Diese Erkenntnis ist keineswegs neu und die Totalität des Einschlusses wird nicht dadurch durchbrochen, dass es nicht mehr „geschlossene Unterbringung“ heißt, sondern „Freiheitsentziehende Maßnahmen“ und aus dem „Karzer“ und der „Isolationszelle“ der „Time-Out-Raum“ oder der „Besinnungsraum“ wird.

Trotzdem: Die Rückkehr der Heime für die als „besonders gefährlich“ Bezeichneten ist bundesweit auf dem



Vormarsch, wie etwa die Studie aus 2006 von Hoops und Permien vor Augen geführt hat. Sie steht auch im Kontext der bundesweiten Zunahme der Einsperrung von Kindern und Jugendlichen als Hilfe zur Erziehung sowie deren politischer wie auch fachlicher Akzeptanz. Waren 1996 bundesweit noch 122 Kinder und Jugendliche geschlossen untergebracht, sind es 2012 bereits 389. Damit ist das Wegsperren zwar quantitativ immer noch eine Randerscheinung in der Erziehungshilfe, seine qualitative Bedeutung geht jedoch weit darüber hinaus, vor allem als Endstation für Maßnahmen-Karriere, aber auch als Druckpotenzial in Alltagskonflikten.

Zugleich scheinen die wissenschaftlich fundierten Erkenntnisse und fachlichen Überzeugungen, die prinzipiell gegen diese Form der gewaltförmigen Erziehung sprechen, zu verdämmern. Unter neuen und sanfteren Etiketten werden zunehmend Zwang und Gewalt in der Erziehungshilfe legitimiert, etwa durch den Arbeitskreis Geschlossene Unterbringung 14+, der sich ausdrücklich von der medialen und politischen Thematisierung und Legitimation dieser Pädagogik als Strafe abgrenzt. Vielmehr wird der Einschluss von Jugendlichen offensiv pädagogisch vertreten als „spezifische Form der Jugendhilfe, die, rechtzeitig durchgeführt, Entwicklungschancen erhält und krisenhafte Lebenssituationen stabilisieren kann“.

Anders als 1980, als die geschlossene Unterbringung in Hamburg zum ersten Mal abgeschafft wurde, und auch anders als 2003 bei ihrer Wiedereinführung in einem auf Jugenddelinquenz ausgerichteten Wahlkampf, wird um die GU in zwei wesentlichen Arenen gestritten. Daher ist auf diesen beiden Ebenen über das Wegsperren zu diskutieren: Erstens auf der politisch-medialen Ebene, die primär mit Sicherheits- und Strafbedürfnissen operiert und das Ende der „Kuschelpädagogik“ fordert, wie sich jüngst an dem gegen alle wissenschaftlichen Erkenntnisse und fachlichen Argumente 2012 eingeführten Warnschussarrest zeigt. Zweitens auf der fachlichen Ebene, in der spätestens seit dem 11. Kinder- und Jugendbericht (2002) die Tabuisierung von Zwang und Einschluss überwunden sowie neu und offen diskutiert werden sollen, da „Delinquenz von Kindern und Jugendlichen pädagogische Antworten provoziert, die eher etwas mit Erziehung, sozialer Kontrolle, Intervention beziehungsweise Eingriff, Grenzsetzung und Normverdeutlichung zu tun haben“ (ebd. 239).

Wir sind der Ansicht, dass es sich bei der Geschlossenen Unterbringung in erster Linie um einen Freiheitsentzug handelt, und wir sind daher weiter der Ansicht, dass der Freiheitsentzug die Probleme, die er lösen soll, im Gegenteil verschärft und sogar selbst schafft. Sicher, wer in die geschlossene Unterbringung eingewiesen wird, wird oft mehrerer Straftaten beschuldigt. Trotzdem ist es falsch, diese Kinder und Jugendlichen einzusperren. Freiheitsentzug löst die Probleme nicht, sondern konserviert und verschärft sie. Zwang provoziert Widerstand, Unfreiheit zerstört Vertrauen. Doch ohne Vertrauen können diese Jugendlichen ihr Verhalten nicht ändern. Und warum sollten sie denen vertrauen, die sie einsperren?

Die Aufgabe der Jugendhilfe ist Erziehung, nicht Bestrafung. Dabei muss pädagogisches Handeln darauf zielen, Probleme, die sich aus Zwangsverhältnissen ergeben, zu bearbeiten und zu bewältigen. Dazu gehören auch Konflikte und Auseinandersetzungen, keine Frage. Zum Problem wird Zwang in der Erziehung jedoch, wenn er mit Erziehung verwechselt wird und in Gewalt umschlägt. Es ist unsere professionelle Pflicht, diesen Umschlag zu verhindern. Denn dieser Umschlag führt zum bloßen Antrainieren von Wohlverhalten. Und das ist keine Erziehung. Ein Bericht aus der Haasenburg: „Ich musste mal zwei Stunden stramm stehen im Zimmer. Dass nennen die Auszeit. Das dauert so lange, bis sie meinen, dass man wieder runtergekommen ist. Nur: Was man dafür tun muss, weiß man halt nicht.“

Was also tun? Wir wissen, wie schwer und auch wie undankbar die Aufgabe sein kann, mit besonderen Jugendlichen umzugehen. Und dazu stehen die betreffenden Einrichtungen noch in dem hellen Licht der Öffentlichkeit, die jede Hilfe ganz genau beäugen. Diese herausfordernde Arbeit sollte daher nach unserer Ansicht niemand allein tun, ohne Rückendeckung, ohne Unterstützung, ohne flankierende Hilfe. Unser Vorschlag lautet daher, einen Kooperations-Pool einzurichten: Erfahrene Mitarbeitende der Hamburger Jugendhilfeeinrichtungen bündeln ihr Know-how künftig in diesem Kooperations-Pool. Die wenigen besonders „Schwierigen“ werden hierher gemeldet, und die Expert_innengruppe entwickelt einen passenden Umgang: Gibt es Erzieher_innen, die schon einmal mit einem ähnlichen Fall zu tun hatten? Gibt es eine Wohneinrichtung, deren Zielsetzung auf diese Jugendlichen besonders passt? Können zwei Pädagog_innen aus unterschiedlichen Einrichtungen zusammengebracht werden, um für einen bestimmten Zeitraum zu kooperieren? Es gibt durchaus Ideen, die an die vielfältigen Erfahrungen und Konzepte der vergangenen 30 Jahre anknüpfen, um Alternativen zur geschlossenen Unterbringung und zur Heimerziehung traditioneller Art überhaupt zu realisieren. Die „Mobile Betreuung“ ist Ende der siebziger Jahre als Alternative zur geschlossenen Unterbringung entstanden, die „flexible Betreuung“ und die „ambulant betreuten Einzelhilfen“ der achtziger Jahre sind dafür ebenso Belege wie die umfangreiche Evaluation zu den „ambulant intensiven Betreuungsmaßnahmen“.

Es gibt sie also, die Alternativen. Wenn wir wollen, können wir sie gleich morgen erproben.

Michael Lindenberg ist Prof. an der Ev. Hochschule Hamburg, Sozialarbeiter und Kriminologe;

Tilman Lutz ist Prof. an der Ev. Hochschule Hamburg, Diplomsozialpädagoge, Kriminologe und Diakon.

Der Text wurde für das „Aktionsbündnis gegen Geschlossene Unterbringung“ geschrieben und der Debatte Hamburg von den Autoren zum Abdruck überlassen.

Hinweis: Leider hat sich im Jahreskalender 2013 der Debatte ein Fehler eingeschlichen. Wir bitten um Beachtung, dass die Wochentage im Dezember verrutscht sind.

Der Hamburger Weg: Sparmodell Inklusion

Der Hamburgische Schulsenator Ties Rabe will für SchülerInnen mit sonderpädagogischem Förderbedarf in den Bereichen Lernen, Sprache und emotional-soziale Entwicklung (LSE) eine verschlechterte Versorgung durchsetzen – ohne dies ausweisen zu müssen.

Deutschland hat sich 2008 mit der Unterzeichnung der UN-Behindertenkonvention verpflichtet, Menschen mit Behinderungen den Zugang zu einem inklusiven, unentgeltlichen und hochwertigen Unterricht zu ermöglichen. Hamburg hatte zu diesem Zeitpunkt mit den Integrationsklassen (I-Klassen) und den Integrativen Regelklassen (IR-Klassen) an verschiedenen Standorten der Stadt ein Modell entwickelt, das diesen Anspruch erfüllt. Es hätte bundesweit Vorbild werden können. Schon 1989 titelte der Spiegel: „Das Hamburger Modell ist der bislang konsequenteste Versuch, das grundsätzliche Dilemma der Sonderschule zu beenden“.

Jetzt setzt der sozialdemokratische Bildungssenator Ties Rabe das Aus dieses Modells durch, obwohl er noch in der Wahlperiode zuvor – damals jedoch als Oppositionspolitiker – eine Verdoppelung der Anzahl dieser Klassen gefordert hatte und dieses im Wahlprogramm der SPD Hamburg 2011 aufgenommen wurde. Grundsätzlich nimmt der jetzige Hamburger Schulsenator, wie auch seine Vorgängerin, die UN-Behindertenrechtskonvention entgegen ihrer Zielrichtung zum Anlass, alle schulischen Angebote integrativer und sonderpädagogischer Versorgung umfassend zu verändern und in ihrer Ausstattung erheblich zu ver-

schlechtern. Noch nicht einmal eine Bestandsgarantie für die vorhandenen Stellen wurde gegeben, obwohl die Aufgaben erheblich ausgeweitet wurden.

„Was haben die vielen Kolleginnen und Kollegen, die in diesen Schulen arbeiten ..., falsch gemacht, dass ihre integrativen Schulen nun platt gemacht werden sollen?“ fragen die GEW-KollegInnen Helga Fasshauer, Angelika Boeddinghaus und Manfred Auerswald in der »Hamburger Lehrerzeitung«. Sie verstehen nicht, warum der Senator für die schulische Inklusion in Hamburg mit Vorschlägen von Bildungsexperten aus Berlin und Bremen, aber nicht mit Vertretern der bestehenden Hamburger integrativen Schulen arbeitet. „Warum wird so getan, als gäbe es die IR-Schulen gar nicht, bzw. hätte es sie nie gegeben?“ Es ist aber nicht „dummlich“ und „beleidigend“, dass Ties Rabe nicht das Gespräch mit I- und IR-Schulen sucht, sondern es gehört vielmehr zu seiner Strategie, die Erfolge der I- und IR-Klassen zu verschweigen, um sein Sparmodell Inklusion besser durchsetzen zu können: In Berlin und Bremen gibt es deutlich geringere Ressourcen für Inklusion als in den I- und IR-Klassen Hamburgs.

Wegen der größeren Heterogenität und Komplexität der Lerngruppen sind I- und IR-Klassen tatsächlich



besser ausgestattet als Regelklassen. Ihre von Rabe noch vor wenigen Jahren favorisierte Ausweitung hätte also mehr Stellen erfordert. Deshalb hält er sie jetzt für zu „üppig“ ausgestattet. Wer sich für eine Ausstattung der Inklusion analog derjenigen der I- und IR-Klassen einsetzt, wird von ihm jetzt als Gegner der Inklusion dargestellt. Zynisch führt er in der Bürgerschaftsdebatte zu I- und IR-Klassen aus: „Ich kann natürlich nachvollziehen, dass dort, wo jetzt sehr viele Lehrer sind, gesagt wird, dieses hohe Niveau – ich übertreibe ein wenig, drei Lehrer auf drei Schüler – müsse jetzt auf ganz Hamburg bezogen werden. Aber wer so denkt, fährt die Inklusion an die Wand...“. In der taz fordert Rabe einen »Solidarbeitrag«: „Schulen, die bislang überproportional von den bisherigen Förderprogrammen profitiert haben, müssen zugunsten anderer Schulen Sonderpädagogen abgeben“.

Rabe will gerade für SchülerInnen mit sonderpädagogischem Förderbedarf in den Bereichen Lernen, Sprache und emotional-soziale Entwicklung (LSE) eine verschlechterte Versorgung durchsetzen – ohne dies ausweisen zu müssen. Er gibt sich vielmehr fortschrittlich, indem er für die Inklusion eine „systemische“ Zuweisung befürwortet. Im Mittel soll es aber lediglich für vier Prozent aller Grundschüler und acht Prozent aller Stadtteilschüler eine Förderressource geben, wobei er davon ausgeht, dass Gymnasien diese Schüler nicht aufnehmen. Rechnerisch bedeutet dieses: pro Grundschulklasse werden im Mittel ein Kind mit LSE-Förderbedarf und in einer Stadtteilschulklasse zwei angenommen. An den Schulen wird dieses vollkommen anders erlebt. Der durchschnittliche rechnerische Förderanspruch für LSE-Kinder pro Klasse (!) bemisst sich nach den Planungen der Rabe-Behörde in der ganztägigen Grundschule auf fünf Wochenarbeitszeitstunden (ca. 3,5 Unterrichtsstunden) und elf Wochenarbeitszeitstunden (ca. acht Unterrichtsstunden) in der Stadtteilschule. Das bedeutet, dass in ca. 75 Prozent des Unterrichts keine zusätzliche Förderung stattfindet. Im Grundschulbereich muss eine vollbeschäftigte SonderpädagogIn mindestens neun Klassen versorgen und in der Stadtteilschule vier. Kommt es zu dem von der Schulbehörde empfohlenen Professionenmix (60 Prozent Fachkraft Sozialpädagogik/ 40 Prozent LehrerIn Sonderpädagogik) versorgt eine Sonderpädagogin in der durchschnittlichen Grundschule 22 Klassen und in der Stadtteilschule zehn Klassen!

Rabe versucht die darin enthaltene Problematik herunterzuspielen. Früher wären LSE-SchülerInnen in den allgemeinen Schulen auch mit „Bordmitteln“ unterrichtet worden. Er verschweigt, dass seit Jahrzehnten – im Gegensatz zur allgemeinen Schule – in Hamburg von keiner Regierung in die sonderpädagogische Förderung investiert wurde. SchülerInnen mit hohen sonderpädagogischen Bedarfen sind ungewünschte Kostenfaktoren. Bei einer Kosten-Nutzen-Analyse heißt das Fazit: Einsparungen, Stellenstreichungen sind an der Tagesordnung. Rabe argumentiert, es sei keine Frage der Ressourcen sondern der »Haltung«, ob Inklusion gelingt. Es ginge weniger um die reale Ausstattung als vielmehr um einen

Bewusstseinswandel der Beschäftigten. So kann ein mögliches Scheitern der Inklusion auf das Versagen der PädagogInnen aufgrund ihrer »Haltungs«schwäche gegenüber den Anforderungen der inklusiven Schule reduziert werden. Und wenn gar nichts mehr hilft, kann auf die Schuldenbremse verwiesen werden. Für die Inklusion bedeutet dies: Wenn alle gleich schlecht behandelt würden, wäre das »gerechter« als wenn in einigen hundert I- und IR-Klassen ausreichende Förderbedingungen vorhanden sind. Deshalb gebe es den Primat der „Auskömmlichkeit der Förderressourcen“. Da fällt gar nicht mehr auf, dass alle Stellen für additive Sprachförderung an Sonderschulen ebenso wie Kooperations- und Koordinationszeiten in den multiprofessionellen Teams gestrichen werden und dass Arbeitszeit verdichtet und verlängert wird.

Befürworter der Inklusion befürchten, sie könnten in ihrer politischen Grundausrichtung missverstanden werden, wenn sie sich für einen individuellen Rechtsanspruch auf sonderpädagogische Förderung einsetzen, zumindest um bisher vorhandene Ressourcen zu erhalten. So käme es doch zu einer Etikettierung der SchülerInnen. Das widerspreche doch dem Gebot der Inklusion. Der Senator weiß Nutzen daraus zu ziehen: Wenn es in Hamburg bspw. kein Elternrecht mehr auf die Wahl eines Förderorts gibt, kann die Schulbehörde bei einer systemischen Ressourcenzuweisung bestimmen, wie hoch – oder besser: wie niedrig der sonderpädagogische Förderanteil an der allgemeinen Schule ist.

Befürworter der Inklusion machen einen entscheidenden Fehler, wenn sie sich mit ihren Forderungen nach Absenkungen der Ressourcen an den Sonderschulen eine bessere Ausstattung der Inklusion versprechen. Fasshauer, Auerswald und Boeddinghaus halten jederart Personaleinsatz an den Sonderschulen für verschwendete Ressource einer unerwünschten »Selektionspädagogik«. Die These, lieber eine schlechte Inklusion als eine Sonderbeschulung, dient keineswegs dem Wohl der betroffenen Kinder und Jugendlichen. Sie wird aber Wohlgefallen beim Herrn Senator auslösen.

Vielleicht hilft ja ein Blick auf die Argumentation des »Klassenfeindes«: Der ehemalige Hamburger Wissenschaftssenator und das jetzige Vorstandsmitglied der Bertelsmann Stiftung, Jörg Dräger, sagt: „Inklusive Schulen brauchen mehr Personal und alle Lehrkräfte müssen für die Arbeit im Team und inklusives Unterrichten vorbereitet, weitergebildet und unterstützt werden“.

Die Bertelsmann Stiftung geht von einem Mehrbedarf von unter zwei Prozent der heutigen Gesamtkosten von Schule in Deutschland für Inklusion aus, Das ist doch bezahlbar – und auch für linke SchulpolitikerInnen vertretbar.

Stefan Romey

ist Schulleiter im Regionalen Bildungs- und Beratungszentrum Mitte in Hamburg

Hochschulpolitik: Opposition wirkt

„Für gute, gebührenfreie und für alle zugängliche Bildung von der Krippe über Ausbildung und Studium bis zur Weiterbildung. Bildung soll die Grundlagen für ein selbstbestimmtes, solidarisches Leben, für aktive Teilhabe an der Gesellschaft und demokratisches Engagement schaffen. Für kulturelle Vielfalt und die Teilhabe aller am kulturellen Reichtum der Gesellschaft, für kulturelle Bildung von Anfang an.“ Erfurter Programm der LINKEN, Präambel

Die erfreulichen Entwicklungen von europaweiten Protesten gegen Kürzungspolitik über den Rauschmiss der FDP aus dem Bundestag bis zum gelungenen Volksentscheid zu den Hamburger Netzen sind die klare Abkehr von der dogmatischen Alternativlosigkeit des Neoliberalismus. Auch der seit dem Winter 2012 von den Hamburger Hochschulen in einem stadtweiten Bündnis aufgenommene Kampf gegen die Schuldenbremse („Verbesserungen beginnen ...“) ist auf eine solidarische, menschenwürdige Entwicklung gegen die Einhegung der Menschen für Standortkonkurrenz zur Profitmaximierung gerichtet.

Die Studierendenbewegung ist traditionell ein relevanter Teil der gesellschaftlichen Opposition. „Unter den Talaren – Muff von 1000 Jahren“ ging um die Welt. Gegen Unterfinanzierung und die BWLisierung der Hochschulen kämpfen Studierende heute für die soziale Verantwortung von Hochschulen für Frieden und die Bildung mündiger Menschen. Damit sind sie Motor gesellschaftlicher Entwicklung gegen die neoliberale Dekadenz hin auf eine humanistische Orientierung der Wissenschaft. Die Bedeutung von wissenschaftlicher Qualifikation für die menschliche Wendung der gesell-

schaftlichen Krise und für den gemeinsamen Kampf um Verfügungserweiterung wird immer deutlicher. Töten auf Knopfdruck, ein schädigendes Mensch-Natur-Austauschverhältnis, verschärfte Menschenrechtsverletzungen und rechte Hetze gegenüber Migranten, die Zerstörung und Pervertierung gesellschaftlichen Reichtums durch Schuldenbremse und Fiskalpakt sowie Kriege sind Herausforderungen, die für eine menschliche Entwicklung unserer Gesellschaft zu lösen sind.

Dafür ist es notwendig, dass Hochschulen nicht mehr „Zwerge, die für alles gemietet werden können“ produzieren, sondern „einzig zum Wohle der Menschheit“ (Bertolt Brecht, Leben des Galilei) wirken. Im Lichte dieses grundsätzlichen Streites um Sinn und Zweck von Wissenschaft ist die im Juni 2013 vom SPD-Senat veröffentlichte Neufassung des Hamburgischen Hochschulgesetzes (HmbHG) ein entschiedenes Sowohl-als-auch: Einerseits wollen die Spezialdemokraten den Forderungen aus den Hochschulen für emanzipatorische Bildung und Wissenschaft in demokratisch verfassten Hochschulen entgegenkommen. Andererseits soll die Erwartung von Handelskammer und Co. bedient werden, dass die Hochschulen und ihre Mitglieder fortge-



setzt betriebswirtschaftlich gegängelt werden für die profitable Verwertbarkeit. Hier sollen Gegensätze versöhnt werden. Dagegen konnten bemerkenswert viele kritische Stellungnahmen von den Gremien und Interessenvertretungen an den Hochschulen erreicht werden, die von der Verantwortung für eine international friedliche Entwicklung über Wissenschaftsfreiheit für gesellschaftlichen Fortschritt bis hin zu Kulturkritik und der Verallgemeinerung von solidarischen Ambitionen reichen. Einzig der AStA der Uni (rechte CDU, rechte Liberale, Kahrs-Jusos und „Campuslinke“) zeigt sich „erfreut über den zurückhaltenden Reformeifer seitens der Wissenschaftsbehörde“ (Stellungnahme des AStA) und unterwirft sich voll sektiererisch der rechten Linie von Jörg Dräger (Wissenschaftssenator der CDU-Schill-FDP-Koalition in den 2000er Jahren), die das derzeit geltende Hochschulgesetz teilweise bestimmt.

Entgegen diesem Verrat an den Interessen der großen Mehrheit positioniert sich der DGB erfreulich kämpferisch: „Mit dem vorliegenden Gesetzesentwurf wird stattdessen ein weiterer Schritt hin zu einer unternehmerischen Hochschule unternommen und die Politik vergangener Senate und Mehrheiten konsequent fortgeführt.“ (DGB-Stellungnahme). Der Gewerkschaftsbund setzt einen humanistischen Maßstab: „Die Hochschulen müssen ihrer zentralen Rolle bei der Lösung der globalen, sozialen, ökologischen und ökonomischen Herausforderungen gerecht werden können – sei es durch ihre Leistungen in der Forschung und in der Aus- und Weiterbildung eines immer größeren Teils der Bevölkerung, sei es als Innovationsmotor bei der kritisch-analytischen Bewertung sozialer, technischer und ökologischer Risiken oder als Reflexionsraum sozialer und kultureller Entwicklungen.“ (ebd.)

Hinter diesen Ansprüchen bleibt der Gesetzesentwurf des SPD-Senats deutlich zurück: Um den Einfluss externer Kapitalvertreter auf die Hochschule zu sichern, soll der Hochschulrat als eine Art Aufsichtsrat beibehalten werden, was die marktwirtschaftliche Gängelung durch „Ziel- und Leistungsvereinbarungen“ und das fortgesetzte Demokratiedefizit durch das Fehlen demokratischer Gremien der „dritten Ebene“ (Hochschulbasis) – besetzt mit Professoren, wissenschaftlichen Mitarbeitern, Studierenden, Technischem und Verwaltungspersonal, am besten paritätisch – konsequent verschlimmert. Ein Bruch mit den „Drägeriaden“ ist dagegen dringend erforderlich.

Am Beispiel der Zwangsexmatrikulation (Ausschluss vom Studium bei „zu langer“ Studierdauer oder zu wenigen „Leistungen“, also wegen Unbequemseins), welche der Senat in Verschärfung der auf verwertungstaugliche „Berufsqualifizierung“ ausgerichteten Bologna-Studiengänge (Bachelor/Master) neu einführen möchte, wird die zugespitzte Kontroverse und ihre progressive Wendung exemplarisch deutlich: Lebenslang mit den Möglichkeiten der Wissenschaftlichkeit eines Studiums im Sinne eines mündigen Bürgers zu lernen steht der Verwertungs- und Standortorientierung antagonistisch entgegen. Die gewollte Fabrikmäßigkeit der Hochschulen – welche aktuell durch die

gesteigerte Leistungshetze zum Phänomen des „Bulimie-Lernens“ führt – wird von kritisch engagierten Studierenden konterkariert, und diejenigen, welche konsequent Widerstand leisten, sollen mit marktdevoter Leistungsideologie und Altersrassismus unschädlich gemacht, also exmatrikuliert werden. Restriktionen dieser Art sollen den Anpassungsdruck erhöhen, dienen der Einschüchterung aller und sollen Vernunft und kritisches Engagement ersticken.

Der Fakultätsrat Life Sciences der HAW (mehrheitlich Ingenieure) hatte sich zunächst positiv zu solchen Exmatrikulationen positionieren wollen. In der Erörterung konnte jedoch schnell deutlich gemacht werden, dass aufgrund der Überforderung durch die fortgesetzte Unterfinanzierung, verschärft durch die neoliberalen Durchgriffe in die Hochschulen seitens der CDU-Senate, eine vereinzelnde, entfremdete und perspektivlose Kultur unter den Hochschulmitgliedern Grundlage für diesen Exmatrikulations-Kotau war. In belebter und ermutigender Diskussion mit starker studentischer Beteiligung konnte das mit Solidarität beantwortet werden. Die offizielle Stellungnahme des Fakultätsrates lehnt die Zwangsexmatrikulation nun ab.

Gelingen konnte dieser beispielhafte Durchbruch durch Solidarität, kritische Rationalität und erweiterte Ansprüche an eine progressive Gesellschaftsentwicklung in Gegnerschaft zu Schuldenbremse, Entfremdung und kultureller Brutalisierung hin auf die Kultivierung und Zivilisierung von Hochschule und Gesellschaft. Diese Erfolge zu erweitern bedeutet aktuell aus den zahlreichen kritischen Stellungnahmen Konsequenzen zu ziehen und die wirtschaftshörige Politik zu beenden.

Mit einer vom AStA der HAW gestarteten Initiative, der sich Gremien aller Hochschulen und Gewerkschaften anschlossen, konnte ein weiterer Erfolg erkämpft werden. Entgegen der undemokratischen Nichtbeteiligung der Hochschulmitglieder am Gesetzgebungsverfahren musste die Wissenschaftsbehörde den Forderungen aus den Hochschulen nach demokratischer Beteiligung mit einer ganztägigen Konferenz aller Hochschulen stattgeben: Bei dieser Konferenz lassen Ende Oktober 150 HochschulvertreterInnen dem Senat in so ziemlich allen Streitpunkten die Leviten.

Dies gilt es nun weiter voranzubringen, um die Möglichkeiten wissenschaftlicher Erkenntnis für alle zu erweitern. Linke Politik bedeutet nicht durchwuschtelndes Bravsein, sondern Widerstand leisten und die sozialistische Alternative zu Marktdevotion und Opportunismus realisieren. Die 90er Jahre sind vorbei, und die Wende der Wende steht an.

Eric Recke ist Referent für Hochschulpolitik im AStA der Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg (HAW) und Mitglied des SDS HAW

Eine interessante Dokumentation zur Auseinandersetzung um das HmbHG findet man unter <http://fsrk.de/demokratie.html> und <http://tinyurl.com/q33auaz> (HAW-AStA)

Sieg der Diplomatie

In Syrien scheint der Plan Putin/Lavrov aufzugehen – ein Eingeständnis, welches man hierzulande nur ungern macht.

Die Kuh ist vom Eis – zumindest für die nahe Zukunft und die Erleichterung über die Einigung von Obama und Putin über einen politischen Weg zur Beseitigung der Chemiewaffen in Syrien ist allgemein erkennbar. Nur wenige sind hörbar unzufrieden: der bewaffnete Widerstand und ihre Terrorgruppen in Syrien und Netanjahu natürlich. Aber selbst McCain und Hollande, der nur in letzter Minute noch von Obama gestoppt werden konnte, einen Militärschlag gegen Syrien zu starten, sowie die deutschen „humanitären Krieger“ in den Medien sind verstummt. Jetzt geht es vor allem darum, das Gesicht zu wahren und immer wieder zu betonen, dass vor allem die harte Haltung der USA, Frankreichs und Großbritanniens und die unverminderte Drohung mit militärischen Schlägen zum Einlenken der syrischen Regierung geführt habe. Netanjahu musste persönlich von Obama beruhigt werden, dass zur Verhinderung von Nuklearwaffen in Iran noch alle Optionen einschließlich der militärischen auf dem Tisch liegen. Dennoch, dies ist eine historische Wende in der US-Außenpolitik, die sich schon mit der ungewöhnlichen Einschaltung des Kongresses in die Entscheidung über einen erneuten Waffengang angekündigt hat. Wer und was auch immer dazu geführt haben, dass schließlich Obama auf Putin und nicht, wie bei uns unablässig gefordert, Putin auf Obama zugegangen ist - der Rückzug vom Schlachtfeld, noch ehe es offen und in voller Rüstung betreten

worden ist, könnte ein Beispiel auch für die nächsten Konflikte in der Region geben. Die Skepsis allerdings bleibt. Was sagt die Resolution 2118 des UNO-Sicherheitsrats, am 27. September einstimmig beschlossen, genau aus? Sie bleibt zunächst bei der Frage, wer das Giftgas eingesetzt hat, strikt neutral und schließt sich keiner der Vermutungen über die Urheber an. Wir wissen jetzt auch, dass es die USA und ihre kriegslüsternden Verbündeten Frankreich und Großbritannien waren, die den Auftrag der Untersuchungskommission strikt auf das „ob“ eines Giftgaseinsatzes beschränkt hatten. Sie ahnten offensichtlich, dass eine Prüfung, „wer“ das Gift eingesetzt hat, nicht zu dem von ihnen gewünschten Ergebnis führen würde, und wollten diese so entscheidende Frage lieber selbst mit ihren Geheimdiensten beantworten. Der Sicherheitsrat hat sich davon nicht beeinflussen lassen, aber den zweifellos erwiesenen Giftgaseinsatz als ein schweres Kriegsverbrechen und Verstoß gegen das Völkerrecht qualifiziert. Er stelle eine „Bedrohung des internationalen Friedens und der Sicherheit“ dar. Diese Formulierung lässt wiederum sofort die Alarmglocken läuten, denn dies sind die Worte des Art. 39 im Kapitel VII der UN-Charta und öffnet den Weg zu militärischen Maßnahmen.

Doch diese werden in der Resolution mit keinem Wort erwähnt. Allen Parteien in Syrien wird die Produktion, Lagerung, Erwerb oder Gebrauch etc. von Chemiewaffen untersagt und bei einem Verstoß Sanktionen angedroht, für die es allerdings einer neuen Entscheidung des Sicherheitsrates bedarf. Der russische Außenminister Lavrov hat sehr eindrücklich auf diesen Mechanismus hingewiesen und noch einmal die russische Ablehnung militärischen Eingreifens in den Kon-



flikt betont: „Die Resolution zu Libyen wurde auf das Kapitel VII der UN-Charta gegründet, die eine Reihe von Zwangsmaßnahmen ermöglicht, die von Warnungen bis Sanktionen und letztlich dem Gebrauch von Gewalt reichen. Dieses Kapitel wurde wiederholt von unseren Europäischen und US-amerikanischen Partnern als Basis der Resolution (zu Syrien) vorgeschlagen. Wir sind kategorisch dagegen. Wir haben die Lektion von Libyen gelernt. Wir kennen die Fähigkeiten unserer Partner zur Interpretation von Resolutionen des UN-Sicherheitsrats. Wir wollten sicher gehen, dass es keine Vorwände oder Hintertüren gibt, die dazu benutzt werden können, einen ähnlichen Verlauf der Dinge für Syrien in die Wege zu leiten. Diese Resolution verbietet absolut jegliche Anwendung von Gewalt und in der Tat jeden Gebrauch des Kapitel VII der UN-Charta. Dieses wird dadurch sichergestellt, dass die Abschlussphase der Resolution sagt, dass wenn irgendeine syrische Partei, sei es die Regierung oder die Opposition, die Arbeit der Experten stört oder chemische Waffen benutzt, solche Zwischenfälle sofort dem UN-Sicherheitsrat gemeldet und untersucht werden sollen. Für den Fall, dass eine der Parteien eines Verstoßes für schuldig befunden wird, wird der UN-Sicherheitsrat die Situation auf der Basis des Kapitel VII behandeln. Mit anderen Worten, die Möglichkeit, Kapitel VII ins Spiel zu bringen, ist in die Zukunft verlagert worden und wird mit Sicherheit eine neue Resolution erfordern. Noch einmal, der Verstoß muss mit zwingender Sicherheit nachgewiesen werden.“

Der Resolution sind zwei Anhänge beigegeben worden, die ebenso verbindlich für die Parteien sind wie die Resolution selbst. Anhang I enthält den Beschluss der Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OPCW) vom gleichen Tag, mit dem die Beseitigung aller chemischen Waffen und Ausrüstungen im ersten Halbjahr 2014 gefordert wird. Diese soll bis zum 1. November 2014 erfolgt sein, dann müssen alle Produktionsanlagen sowie Misch- und Füllrichtungen zerstört sein. Das ist ein extrem enger Zeitrahmen, wenn man berücksichtigt, dass die USA und Russland seit über 15 Jahren mit der Vernichtung ihrer Chemiewaffen beschäftigt sind und ein Ende nicht abzusehen ist. Sollte dieser Prozess aus Gründen, die bei den Syrern liegt, unterbrochen werden, könnte der UN-Sicherheitsrat nach Kapitel VII vorgehen, das allerdings nicht nur militärische, sondern in erster Linie politische und ökonomische Sanktionen vorsieht (Art. 40 u. 41 UN-Charta).

Anhang II besteht aus dem Friedenplan, den die Staaten Ende Juni 2012 in Genf in einem Kommuniqué vorgestellt hatten. In ihm wurden ein sofortiger Waffenstillstand und Verhandlungen zwischen den gegnerischen Parteien sowie die Bildung einer Übergangsregierung aus Vertretern aller Parteien vorgeschlagen. Die Vorbedingung der Aufständischen, dass zuvor Assad abgedankt haben müsse, ist nicht in den Plan aufgenommen worden. In der Resolution selbst werden „alle syrischen Parteien“ aufgefordert, „so bald wie möglich“ in Genf eine Nachfolgekonferenz einzuberufen. Damit vermag vielleicht diese Resolution auch dafür ein Katalysator werden, wofür sie eigentlich nicht ge-

Die Familie al-Assad beherrscht Syrien seit Hafiz al-Assad 1971 Präsident wurde. Nach seinem Tod im Jahr 2000 übernahm der zweitälteste Sohn Baschar das väterliche Erbe.



Von links nach rechts: vorne: Anisa Machluf, Hafiz al-Assad; hinten: Mahir, Baschar, Basil, Majed, Büschrä (Aufnahme aus dem Jahr 1994)

macht worden ist: mit der Beseitigung der Chemiewaffen auch den Krieg zu beenden und in eine politische Lösung des Konfliktes zu überführen. Das allerdings liegt nicht in der Macht der Syrer allein. Die massive ausländische Intervention von allen Seiten müsste sofort unterbunden werden. Konkret müssten die Waffenlieferungen an die Aufständischen und die üppigen Geldmittel, mit denen sie sich auf dem internationalen Markt mit Waffen aller Art eindecken können, gestoppt werden. Die unüberschaubare Anzahl fremder Dihadisten und Söldner müsste ebenso wie die Iraner das Land verlassen und die Russen ihre Waffenlieferungen an die Regierung einstellen. Die Aufständischen müssten von ihrem Terror abgebracht werden und die „Freunde Syriens“ müssten ihre bisherige logistische und militärische Unterstützung des Terrors in den Druck zu einer gewaltlosen und politischen Lösung verwandeln. Denn allmählich hat sich auf der Seite der syrischen und ausländischen Regierungen die Erkenntnis durchgesetzt, dass dieser Konflikt militärisch nicht zu gewinnen ist – allein die Aufständischen wollen davon offensichtlich noch nichts wissen.

Der Plan Putin/Lavrov scheint aufzugehen – ein Eingeständnis, welches man hierzulande nur ungern macht. Lösen wir ihn von seinen Protagonisten, so bleibt ein Friedensplan ohne militärische Drohung und rigorose Sanktionen übrig. Das ist keine Garantie für einen Erfolg, wie die jahrzehntelangen erfolglosen Friedenspläne im Nachbarland Israel und seinem palästinensischen Besatzungsgebiet zeigen. Keiner denkt jedoch daran, aus der Erfolglosigkeit militärische Konsequenzen zu ziehen, aber jeder weiß, dass nur der politische Druck von außen den ewigen Rückfall in militärische Gewalt verhindern kann.

Norman Paech ist Redakteur der Hamburg Debatte

Der »Geist von Gezi-Park«

Der »Juni-Aufstand« hat dem Politik-Monopol der AKP-Regierung erheblichen Schaden zugefügt. Innerhalb weniger Tage wurde die Regierungsrhetorik, dass die Türkei »nur mit der AKP demokratisiert werden kann« ad absurdum geführt.

Es war sicherlich kein Zufall, dass sich die Massenproteste außerhalb der kurdischen Gebiete gegen die autoritäre Herrschaft der neoliberal-islamistischen AKP-Regierung gerade in einer Metropole wie Istanbul entzündet haben. Immerhin ist Istanbul die fünfte Großstadt mit den meisten Dollar-Milliardären und zu einem Synonym für neoliberale Gentrifizierungsprozesse geworden.

Auch wenn westliche Medien gerne die Transformation von Istanbul zur »Global City des 21. Jahrhunderts« als ein Ergebnis des sog. »türkischen Wirtschaftswunders« darstellen mögen, so wird auch in Istanbul die klassische neoliberale Stadt(um)baupolitik mitsamt den »Quartiers-Veredelungen«, Entkernungen, Privatisierungen, sozialen Verdrängungsprozessen und der Kommerzialisierung des öffentlichen Raumes deutlich sichtbar. Große Einkaufszentren, Gated Communities, Technoparks, Banken- und Börsenviertel, Luxusresidenzen, Yachthäfen, Megaprojekte – kurzum alles, womit die Stadt zur Insel der größtmöglichen Renditen für das globalisierte Kapital aufgeteilt wird, ist in Istanbul zu finden. Zwangsräumungen von Stadtteilen,

Zwangsverstaatlichungen als Vorbereitung für große Privatisierungswellen, Nutzungsverbote sowie das gesamte Arsenal der staatlichen wie kommunalen Maßnahmen zeugen von der »meisterhaften« Umsetzung einer eiskalt vollzogenen Gentrifizierungsstrategie.

Die städtebaulichen und planerischen Entscheidungsmechanismen in den türkischen Städten sind mit Gesetzesveränderungen, Gleichschaltung der Justiz und insbesondere durch die Entmachtung der Verwaltungsgerichtsbarkeit weitgehend entdemokratisiert worden. Kommunalverwaltungen, die an sich als Erfüllungsgehilfen insbesondere der Bauwirtschaft gesehen werden müssen, sind nur noch Befehlsempfänger zentralisierter Ministerialbürokratie. Selbst der Oberbürgermeister der Stadt Istanbul gab in einem Interview zu, dass die Umgestaltung des Gezi-Parks am Rande des Taksim Platzes auf Befehl des Ministerpräsidenten vorgenommen wurde.

Das kommt nicht von ungefähr: Seit 2002, innerhalb der letzten drei Legislaturperioden unter der AKP-Parlamentsmehrheit wurden kontinuierlich gesetzliche Schranken abgebaut, die der Privatisierung öffentlicher Güter im Wege standen. Insbesondere nach dem Verfassungsreferendum von 2010 bekam die AKP-Regierung Instrumente an die Hand, mit denen sie die örtlichen Verwaltungsgerichte, die von Bürger_inneninitiativen gegen Privatisierungen angerufen wurden und die zum größten Teil solche Maßnahmen stoppen konnten, handlungsunfähig machen konnte. Mit Dekreten in Gesetzeskraft verfügte die Regierung die Privatisierung von Wald- und Weideflächen, Flüssen und Bächen sowie größerer Areale im



Staatsbesitz, womit zusätzlich die Binnenmigration der ländlichen Bevölkerung verschärft wurde. Dies hatte auch zur Folge, dass die früheren Binnenmigrant_innen, die seit Jahren am Rande der Großstädte in verarmten Stadtteilen leben und sich über ihre Familienangehörigen in den Dörfern mit Lebensmittel versorgten, diese Möglichkeit nach und nach verloren.

Diese Entwicklung stößt seit längerem in Stadt und Land auf Gegenwehr. Jedoch, die Proteste waren fragmentiert und jedes Aufbegehren wurde seitens der AKP-Regierung mit massiven polizeistaatlichen Mitteln bekämpft. Fast überall regte sich Protest und Widerstand – sei es gegen Zwangsvertreibung der Sinti und Roma aus ihrem seit Jahrhunderten angestammten Stadtteil Sulukule, sei es gegen die ökologische Zerstörung durch zahlreiche private Wasserkraftwerke im Schwarzmeergebiet oder Goldabbau an der Ägäis; sei es gegen Nutzungsumwandlung von Parks und Plätzen in den Großstädten oder gegen die paternalistische Bevormundung durch die autoritäre Islamisierung des Alltäglichen. Von dem Kampf der kurdischen Bevölkerung um Gleichberechtigung und demokratische Rechte ganz zu schweigen. Aber all diese Proteste und Widerstände waren von einander isoliert und hatten keine landesweite Dynamik entfalten können.

Ein Funke, die Besetzung des Gezi-Parks und dessen anschließende gewaltsame Räumung, reichte aus um zu zeigen, was passieren kann, wenn die voneinander isolierten Protestbewegungen sich vereinen würden: Politikverdrossene und traditionelle Linke, Laizisten und »antikapitalistische Muslime«, Gender-Aktivist_innen, Lesben und Schwule, Feministinnen unterschiedlicher Couleur und (ansonsten verfeindete) Fußballfans, Kemalisten und die kurdische Bewegung bildeten gemeinsam den Protest gegen die Repression und Polizeigewalt. Die lange aufgestaute Wut hatte sich entladen und insbesondere das urbane Prekariat hatte ihre Angststarre überwunden. Der »Juni-Aufstand«, welcher nun im September völlig neue Formen angenommen hat, war wie »ein Weckruf für die oppositionellen Parteien« und zeigte, welche Bündnispotentialie brachliegen.

Der »Juni-Aufstand« hat aufgrund seiner landesweiten Verbreitung, die innerhalb weniger Tage stattfand, der Spontaneität und Zusammensetzung der Bewegung und ihrer Fähigkeit, politikverdrossene wie verängstigte Kreise auf die Straße zu bringen, längst einen historischen Platz in der Geschichte der gesellschaftlichen Kämpfe in der Türkei eingenommen. Der »Juni-Aufstand« hat einen Geist losgelassen, der hunderttausende Menschen erfasst hat.

Das beste Beispiel dafür, wie aus der Spontaneität der Massen neue Bündnisse herauswachsen können, zeigen die zahlreichen Foren in den Stadtteilparks von Istanbul und anderen Städten. Schon nach der gewaltsamen Räumung des Gezi-Parks am 15. Juni 2013 war es zu beobachten, wie in den Abbasaga und Yoğurtçu Parks Foren organisiert wurden. Alleine in Istanbul fanden allabendlich in fast 40 Stadtteilen »Park-Foren«

statt. Dieses Beispiel machte Schule: Inzwischen gibt es auch in Ankara zehn, in Izmir zwei und weitere Foren in Antalya, Bodrum, Izmit und Eskişehir.

Überall ist das gleiche Phänomen zu beobachten: Hunderte – in manchen Istanbuler Foren sogar tausende – Menschen kommen nach 21:00 Uhr zusammen, diskutieren, verabreden neue Themen, machen die Parks sauber und gehen wieder nach Hause. Es wird über alles Mögliche diskutiert: von Platzumgestaltung über Stadtteilprobleme, von Gewalt gegen Frauen, Lesben, Schwule und Transgender über ökologische Nachhaltigkeit bis zur friedlichen Lösung des kurdisch-türkischen Konflikts.

Sowohl die Themenfindung als auch die Diskussionsformen zeigen lebendige Formen der Basisdemokratie. Auf jedem Forum wird penibel darauf geachtet, dass Jede und Jeder, die was zu sagen haben, das Wort erhalten, die umliegende Nachbarschaft nicht durch Lärm belästigt, der Park nach dem Forum sauber gemacht wird und die Diskussionen ergebnisorientiert geführt werden. Inzwischen haben sich die Foren zu Orten entwickelt, wo sich die Menschen nach dem Feierabend treffen, Selbsthilfegruppen oder Stadtteilinitiativen gründen und – das ist ein Novum – wo keine politische Partei oder Organisation dominant sein kann.

Mit den Foren ist auch das Politik-Monopol der Regierung geschwächt worden. In den letzten Jahren wurden politische Diskussionen quasi nur von der AKP-Regierung angestoßen. Sowohl die parlamentarische als auch die außerparlamentarische Opposition war in einer Ablehnungssituation gefangen. Auch die Gewerkschaften und soziale Bewegungen konnten sich von dem ständigen Abwehrkampf nicht befreien. Nur die kurdische Bewegung war in der Lage, der Regierung Paroli zu bieten und Politikalternativen aufzuzeigen, die jedoch – auch aufgrund der Gleichschaltung der bürgerlichen Medien – im Westen kaum wahrgenommen wurden.

Der »Juni-Aufstand« hat dem Politik-Monopol der AKP-Regierung erheblichen Schaden zugefügt. Mit Hilfe der sozialen Medien konnten Gegenpropaganda und Regierungslügen binnen Minuten als solche entlarvt werden. Innerhalb weniger Tage wurde die Regierungsrhetorik, dass die Türkei »nur mit der AKP demokratisiert werden kann« ad absurdum geführt. Die Tatsache, dass der Ministerpräsident Erdoğan heute noch alle seine öffentlichen Auftritte und Reden dazu nutzt, um die »von der Zinslobby und ausländischen Mächten gesteuerten Marodierer, Terroristen und Putschisten, die sich gegen den Willen der Nation stellen« anzuprangern, beweist, wie schwer die AKP-Regierung durch den »Juni-Aufstand« angeschlagen worden ist. Bis Juni 2013 wurde die politische Tagesordnung der Türkei von Erdoğan und seiner AKP bestimmt. Heute bestimmt die politische Agenda der Protestbewegung das Handeln der AKP.

Murat Çakır ist Geschäftsführer der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Hessen

Eine besondere Art von Despotie

**Gezi-Widerstand in der Türkei - der wei-
te Weg vom Bewusstsein zur Gegen-
macht. Interview mit Mahmut Erdem**

Debatte: Der Gezi-Widerstand hat sich sehr schnell ausgebreitet, sowohl in der Türkei, als auch bis nach Hamburg. Wie kam es zu diesem erstaunlichen Mobilisierungserfolg?

Mahmut Erdem: Das lag an ihrer langen Vorgeschichte. Die Bewegung in der Türkei begann schon im Dezember 2009, als 12.000 ArbeiterInnen des ehemaligen staatlichen Tabak-Konzerns TEKEL für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze streikten. Der Konzern war schon vor einiger Zeit an British American Tobacco verkauft worden und nun sollten die restlichen Teile des Betriebes geschlossen und die Beschäftigten entlassen werden. Schon damals gab es eine breite Solidaritätsbewegung, zahlreiche Demonstrationen, ein Protestcamp in Ankara und brutale Polizeieinsätze. Und schon damals gab es auch Solidaritätsbekundungen in Deutschland. Aber die waren viel kleiner als heute. Die TEKEL-Proteste blieben letztlich erfolglos, ein geplanter Generalstreik kam nicht zustande.

Von den Privatisierungen waren nicht nur ArbeiterInnen betroffen, sondern - wie im Falle der Genossenschaften der Nussproduktion - auch viele bäuerliche Kleinbetriebe. Sie verloren durch die Privatisierung ihre Existenzgrundlage, weil die festen Preisvorgaben wegfielen, zu denen sie ihre Nussernte bisher verkaufen konnten. Bei ihren Vor-

haben, das türkische und internationale Kapital zu bedienen, nahm die AKP-Regierung also sogar in Kauf, ihre eigene Klientel zu schädigen. Es gab auch hier Proteste und Demonstrationen. Auch sie blieben erfolglos, weil sie vereinzelt waren. Aber die politischen türkischen Gruppen in Deutschland haben sie von Anfang an mit großer Anteilnahme verfolgt.

Wie ist die Zusammensetzung der Bewegung in der Türkei?

Der Gezi-Widerstand ist eine emanzipatorische, eine junge Bewegung. Vor allem junge Menschen haben bislang an ihr teilgenommen, darunter auch viele junge Frauen. Der Verkauf von staatlichem oder öffentlichem Eigentum wirkte sich vor allem in den großen Städten verheerend aus. Istanbul ist seit den 70er Jahren durch Binnenwanderung von rund zwei auf 18 Millionen Einwohner angewachsen. Seit einigen Jahren wird jetzt die Stadt durch massive Verkäufe an das nationale und internationale Finanzkapital so plattgemacht, wie es seit den 80er Jahren schon mit vielen Städten Nordeuropas geschah. Die gesellschaftlich heterogenen städtischen Schichten ohne politische Lobby, die die Innenstädte bewohnten, waren die Hauptleidtragenden. Händler, Kleinbetriebe, Ladenbesitzer, meist prekär beschäftigte Arbeiterinnen und Angestellte wurden praktisch durch Verkauf vertrieben.

Unter Erdogan begann auch die Abschaffung des öffentlichen Raumes im großen Stil. Der Widerstand blieb gespalten - bis zur Planung das Emek-Kino abzureißen. Das Kino im Beyoglu-Viertel stammt aus den Zwanzigerjahren und ist fast so alt wie die türkische Republik. Als Anfang April 2013 bekannt wurde, dass es abgerissen werden und dort ein Einkaufszentrum errichtet werden sollte, kam es zu ei-



nem konzentrierten, auch internationalen Protest von einer bislang ungekannten Breite. Intellektuelle und viele Kinogänger, die sich mit dieser Einrichtung identifizierten, protestierten gegen den Abriss – und die Polizei ging mit Wasserwerfern und Tränengas gegen die Demonstranten vor. Der Widerstand wurde erstickt, das Kino abgerissen.

Das heißt also, das neoliberale Projekt wurde für immer mehr Menschen erkennbar?

Ja. Vor dem Gezi-Widerstand gab es viele Proteste, die ohne Verbindung zueinander blieben und deshalb schnell erstickt werden konnten. Neben der Kommerzialisierung des öffentlichen Raumes gab es aber auch eine Reihe von neuen Gesetzen und politische Kampagnen der Erdogan-Regierung, wie zum Beispiel gegen Schwangerschaftsabbruch, wodurch die Privatsphäre der Menschen in wachsendem Maße berührt wurde. Vor diesem Hintergrund wurde der Gezi-Park ab dem 28. Mai 2013 zum Thema. Als der letzte große Park in Istanbul einem neuen Einkaufszentrum weichen sollte, gab es jetzt eine stark emotionale und gesellschaftlich breite Reaktion gegen den Aufmarsch der Bagger. Am 31. Mai stellte sich zum ersten Mal ein bekannter Politiker, Sirri Süreyya Önder von der BDP, vor die Bagger – und wurde von einer Tränengasdose niedergestreckt. Die Folge war eine Solidarisierung von ganz unterschiedlichen Schichten und politischen Lagern – bis hinein in die AKP-Anhängerschaft. Das neoliberale Gesamtprojekt war plötzlich erkennbar geworden.

Wer waren die Organisatoren der Demonstration in Hamburg?

Zunächst einmal war es keine isolierte Hamburger Aktion. Im Herbst 2012 hatte sich bereits bundesweit das Demokratische Plattform-Bündnis „Almanya demokratik güc birliği platformu“ gegründet. Es handelt sich bei ihr um eine neue Vereinigung aus linken türkischen, kurdischen, alevitischen und vielen migrantischen Organisationen aus der Türkei und Kurdistan (u.a. YEKKO, AABF, ATIF, DIDF und KOMKAR), das am 1. Juni in Hamburg zu einer Solidaritätsdemonstration aufrief. Parallel dazu rief sie aber auch zu Aktionen in vielen anderen deutschen Großstädten auf.

Die Reaktion war erstaunlich: Innerhalb von kürzester Zeit waren 1.200 TeilnehmerInnen zusammengelassen, als wir an der Sternschanze aufbrachen! Unser gemeinsames Motto war „Taksim ist überall – und überall ist Widerstand“. Die konkreten Forderungen waren aber sehr unterschiedlich. Eine Woche später gab es eine zweite Demonstration mit 5.000 TeilnehmerInnen, die vom Hachmannplatz ausging – ohne dass es zuvor eine allgemeine Verbreitung des Termins, wie zum Beispiel mit Flugblättern, gegeben hätte. Wieder gab es eine bunte Mischung von Demonstranten – allerdings nur sehr wenige Deutsche. Und wieder reagierten die Passanten durchweg positiv.

Welche Rolle spielt die Alevitische Gemeinde in diesem Bündnis?

In der Türkei sind die Aleviten mit ihren Wertvorstellungen und ihrer humanistischen Grundhaltung schon seit langem – von der Osmanischen Ära bis heute – fast zwangsläufig in eine oppositionelle Rolle geraten. Von

den 76 Millionen türkische Bevölkerung sind vermutlich etwa 15 Millionen Aleviten. Verlässliche statistische Daten dazu gibt es aber nicht. In Deutschland mögen das um die 700.000 sein, davon sind bundesweit etwa 200.000 Mitglieder in der alevitischen Gemeinde (AABF). Sie war bei beiden Aktionen der Motor, weil ihre Rolle als Bindeglied akzeptiert wird – nicht nur in Hamburg übrigens. Diese Rolle hat vielmehr aus historischen Gründen eine weite Verbreitung. Sie ist begründet in der gesellschaftlichen Orientierung dieser religiösen Ausrichtung auf einen säkularen modernen Staat.

Was ist aus Deiner Sicht die Perspektive einer Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse in der Türkei?

In der Türkei ist eine islamisch-reaktionäre Regierung an der Macht, die dabei ist, eine besondere Art von Despotie auszubauen. Ihr Ziel ist, sich zu einer imperialen Regionalmacht im Nahen Osten zu entwickeln und sie ist bereit, alles, was dabei hinderlich ist, auszumerzen. Dazu gehört sowohl jede Art von Opposition im Lande, als auch die einheitliche Staatlichkeit Syriens. Dieses Ziel der militärischen und ökonomischen Hegemonie ist aus der Interessenlage eines militärisch-kapitalistischen Komplexes entstanden. Die türkische Bourgeoisie als gesellschaftliche Kraft im engeren Sinne ist gespalten in jeweils eine westliche und eine islamisch orientierte Fraktion. Die Gewerkschaftsbewegung wiederum ist seit dem Militärputsch 1980 durch eine Reihe von Antigewerkschaftsgesetzen als gesellschaftliche Opposition entmachtet. Deswegen kam es auch nicht zu einem Generalstreik zur Unterstützung des Gezi-Widerstandes. Und hier ist auch ein Grund dafür zu finden, dass sich bisher aus der Bewegung keine wirkungsvolle gesellschaftliche Opposition gegen das imperiale Konzept entwickeln konnte. Inzwischen gibt es aber ein breites Bewusstsein der Opposition, dessen Langzeitwirkung offen ist.

Was muss sich hier in Hamburg und anderswo tun, damit die Kräfte des Widerstandes stärker werden?

Was die Solidaritätsaktionen in diesem Sommer gezeigt haben, ist die vollkommen unterentwickelte Zusammenarbeit von der Deutschen Linken mit Initiativen wie der Demokratischen Plattform. Engagierte Mitglieder der Hamburger Bürgerschaft wie Christiane Schneider und Mehmet Yildiz von der Linken und Yusuf Uzundag von den Grünen haben an einer sehr kurzfristig organisierten Delegationsreise der DIDF Mitte Juni teilgenommen und darüber auch sehr gut berichtet. Es gab auch solidarische Pressemitteilungen der Linksfraktion in der Bürgerschaft. Aber die Partei als Organisation blieb aus meiner Sicht in einer Art Wartestellung. Während sich eine türkisch-alevitisch-kurdische Kooperation bildet, bleibt Die Linke noch immer in einer – wenn auch freundlichen – Zuschauerrolle. Dabei haben wir in unseren Forderungen große Übereinstimmungen. Aus meiner Sicht muss ein Anfang damit gemacht werden, dass die deutsche Linke uns überhaupt kennenlernen.

Mahmut Erdem ist Öffentlichkeitsreferent der Alevitischen Gemeinde Hamburg-AKM-Cemevi. Das Interview führte **Uli Ludwig**, Redakteur der Hamburg Debatte

Friedenslösung oder gar kein Prozess?

In Kurdistan und der Türkei ist ein »Prozess« im Gange, bei dem schon der Name umstritten ist. Die Perspektive auf die Geschehnisse bestimmt die Wortwahl, und das nicht ohne Grund.

Seit dem Frühjahr 2013 haben sich dramatische Verschiebungen im Konflikt zwischen der kurdischen Befreiungsbewegung und dem türkischen Staat ergeben. Der auf Abdullah Öcalans Aufruf hin begonnene Rückzug der Guerilla nährte die Hoffnung, der Konflikt in Kurdistan könne endlich in einen Friedensprozess übergehen. Von dieser Hoffnung ist sechs Monate später nicht viel übrig.

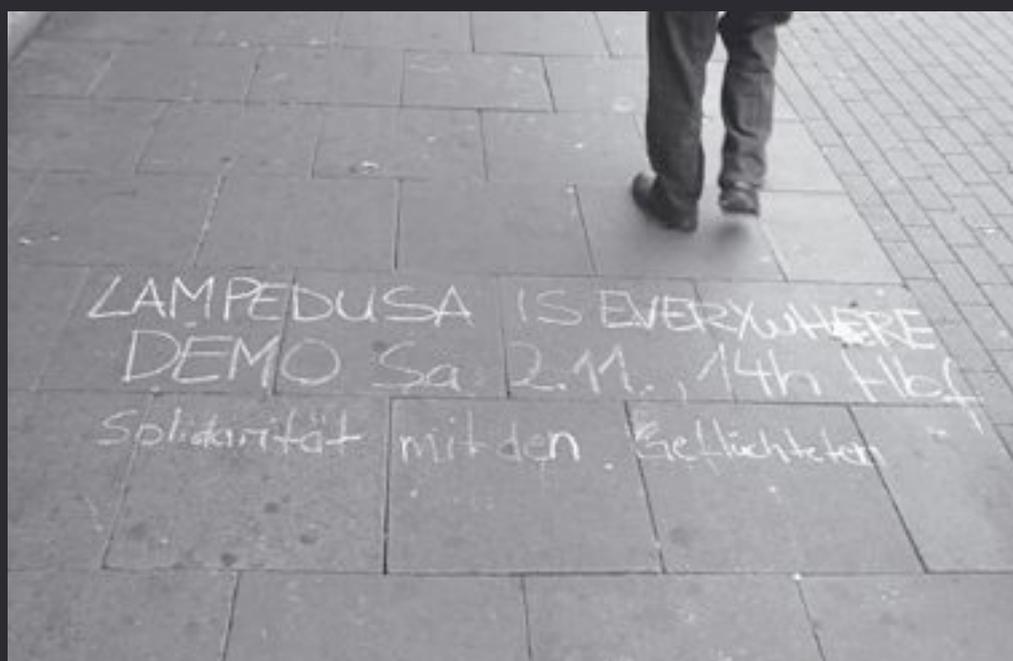
Dem aktuellen „Prozess“ vorausgegangen waren jahrelange Gespräche zwischen dem wohl prominentesten politischen Gefangenen der Türkei, PKK-Gründer Abdullah Öcalan, einer von Erdoğan bevollmächtigten Delegation aus Geheimdienstbeamten und Beratern unter Führung von Hakan Fidan und einer Reihe von führenden PKK-Funktionären. Im sogenannten „Oslo-Imrali-Prozess“ einigte man sich im Frühjahr 2011 auf ein Protokoll, das weit gehende Zugeständnisse beider Seiten enthielt. Letztlich war das komplette Programm eines mehrstufigen Friedensprozesses mit Freilassung der politischen Gefangenen, Auflösung der Guerilla und neuer, demokratischerer Verfassung in diesem Protokoll wiederzufinden. Es entsprach damit in weiten Teilen dem, was Öcalan in seiner „Roadmap für Ver-

handlungen“ (Pahl-Rugenstein Verlag) für einen Prozess zur Lösung der kurdischen Frage skizziert hatte.

Dass das Protokoll von 2011 niemals implementiert wurde, lag nach allem, was bisher bekannt ist, an der Weigerung Erdogans, das von seinen Unterhändlern ausgehandelte Protokoll auch tatsächlich zu akzeptieren. Nach dem Abbruch der Gespräche im Juli 2011 eskalierte der Konflikt auch militärisch; über Öcalan wurde strengste Isolation verhängt.

Nach dem dramatischen Hungerstreik im Sommer 2012 kam es offenbar erneut zu Gesprächen zwischen Öcalan und der Regierung. Diese Gespräche mündeten in Öcalans Newroz-Erklärung und dem Rückzug der Guerilla. Doch die Hoffnungen sind mittlerweile einer weitgehenden Ernüchterung gewichen. Anstatt dass auch die Regierung mutige Schritte unternimmt, um den Prozess voranzutreiben und das selbstgesteckte Ziel einer Entwaffnung und Auflösung der Guerilla zu erreichen, ruht sie sich auf dem Erreichten aus. Freilassung der vielen Tausend gewaltlosen politischen Gefangenen? Nicht auf der Agenda. Senkung der undemokratischen 10%-Sperrklausel? Vielleicht irgendwann. Kurdisch an staatlichen Schulen? Niemals. Warum sich unter derartigen Vorzeichen die Guerilla auflösen sollte, bleibt Erdogans Geheimnis.

Während den ganzen Sommer über von Regierungsseite praktisch nichts passierte, kündigte sie für Anfang Oktober ein großes »Demokratiepaket« an. Von »völlig unerwarteten Überraschungen«, die sich darin verbergen sollten, war die Rede. Wenig erwartungsfroh waren hingegen linke und kurdische Poli-



tikerInnen und Medien. Sie rechneten eher mit minimalen Schritten. Das hochgejubelte „Paket“ enthielt Wohltaten für Erdoğan's muslimische Wählerbasis (Fall des Kopftuchverbots in weiten Bereichen des öffentlichen Dienstes) und einige kleine Reformen. Völlig fehlten Ankündigungen von Reformen an einigen der wunden Punkte der Türkei: Anti-Terror-Gesetze (KCK-Gefangene), Versammlungsfreiheit (Gezi-Proteste), Pressefreiheit. Die Liste ließe sich verlängern, doch klar wird hoffentlich: Das war kein großer Wurf. Was ist also Erdoğan's Strategie in Bezug auf den „Prozess“, den bisher nur er als „Friedensprozess“ bezeichnet?

Ganz offensichtlich möchte der noch-Ministerpräsident mit präsidentialen Ambitionen diesen Prozess am Laufen halten, ohne allerdings größere Reformen oder Zugeständnisse zu machen. Auf diese Weise hofft er einerseits das Halten des Waffenstillstands während der anstehenden Wahlen des Jahres 2014 sichern zu können. Andererseits möchte er die kurdische politische Bewegung am ausgestreckten Arm verhungern lassen. Er setzt darauf, dass ausbleibende Erfolge der BDP deren Rückhalt in der kurdischen Bewegung schwächen werden. Gleichzeitig hofft er, mit kleinen Reformschritten sein Image als Reformierender wieder aufzubauen, das nicht zuletzt im Zuge der Gezi-Proteste in Trümmern liegt. Die Reformen müssen gerade so ausreichend wirken, dass eine Rückkehr der Guerilla zum bewaffneten Kampf als ungerechtfertigt erscheint.

Der kurdischen Seite geht es um viel mehr als das Schweigen der Waffen. Das hat die kurdische Guerilla bereits so oft angeboten und einseitig praktiziert, dass es praktisch kaum als Errungenschaft gelten kann. Im Gegenteil bedeutet eine dauerhafte Einstellung des bewaffneten Kampfes und ein Abzug der Guerilla, eines der bisher wichtigsten Druckmittel weitgehend aus der Hand zu geben.

Erklärbar wird dies durch die seit Langem getroffene Feststellung, dass der bewaffnete Kampf erreicht habe, was er erreichen konnte. Eine Weiterführung könne insofern nicht als Mittel zur Befreiung dienen, sondern sei allenfalls im Rahmen einer Defensivstrategie zur (Selbst-)Verteidigung zulässig. Weitere Fortschritte im Kampf für Befreiung und Selbstbestimmung sind demnach vor allem im politisch/gesellschaftlichen Bereich zu suchen. Wo es der kurdischen Bewegung bereits gelingt, ihre Politik konsequent nach dieser eigenen Analyse auszurichten, befindet sie sich trotz Tausender politischer Gefangener in der Offensive.

Für die kurdische politische Bewegung steht im Vordergrund, dass die kurdische Frage gelöst wird, also Diskriminierung beseitigt und Selbstbestimmung praktiziert werden kann. Einer der wichtigsten Prüfsteine dafür ist die Möglichkeit, Schulunterricht in kurdischer Muttersprache auch an öffentlichen Schulen zu erteilen. Dieses Tabu wird früher oder später fallen. Viele Details der notwendigen Demokratisierung sind komplex und in ihrer Symbolik gelegentlich schwer verständlich. Es gibt jedoch einen einfachen Indikator dafür, wie ernst es Erdoğan mit einem

tatsächlichen Friedensprozess ist: die Haftbedingungen des PKK-Gründers Abdullah Öcalan, der paradoxerweise trotz des Dialogprozesses weiterhin in Isolationhaft sitzt. Waren direkte Gespräche mit ihm vor zwei Jahren noch ein Grund für einen Aufschrei in der türkischen Öffentlichkeit, wird mittlerweile überwiegend sachlich über seine Diskussionsbeiträge berichtet. Erdoğan selbst legitimierte die direkten Gespräche mit Öcalan und bezeichnete den aktuellen Prozess folgerichtig als „Imrali-Prozess“ - im Gegensatz zu dem vorausgegangenen „Oslo-Prozess“ von Gesprächen mit führenden PKK-Politikern im Ausland.

Der bahnbrechende Aufruf zum Rückzug der Guerilla hat einmal mehr den bedeutenden Einfluss Öcalans in der kurdischen Gesellschaft unterstrichen. Logisch wäre nun, die schleppend verlaufenden Gespräche auf eine neue Ebene zu heben und Öcalans Haftbedingungen zumindest auf das Niveau anderer politischer Gefangener zu bringen. Anders als diese kann er nicht per Brief kommunizieren, nicht telefonieren und seit Juli 2011 keinerlei Kontakt zu seinen Anwälten haben. Dieser absolut skandalöse Zustand wird nicht dadurch gemindert, dass seit Januar 2013 im Schnitt einmal monatlich ein Treffen Öcalans mit BDP-PolitikerInnen stattfindet. Diese Besuche sind zwar hilfreich und sinnvoll, doch sie sind vollständig von der Willkür des Ministerpräsidenten abhängig. Das gilt für die Zusammensetzung der BDP-Delegation genauso wie für die Termine. So wurde der populäre Istanbul'er Abgeordnete Sirri Süreyya Önder von Erdoğan mit einem Besuchsverbot belegt, nachdem er sich bei den Gezi-Protesten als erster Parlamentarier an exponierter Stelle beteiligt hatte.

Nachdem beide Seiten die Schlüsselrolle Öcalans für Verhandlungen anerkannt haben, kann die Isolationhaft Öcalans nicht aufrechterhalten werden, ohne den Dialogprozess zur Farce verkommen zu lassen. Nelson Mandela hatte recht, als er sagte: »Nur freie Menschen können verhandeln. Gefangene können keine Verträge schließen.« Doch selbst vor einer Freilassung Öcalans und einem endgültigen Frieden kann eine Verbesserung seiner Kommunikationsmöglichkeiten bereits wesentlich zu einer Entspannung der Situation beitragen.

Die nächsten Monate werden zunächst vom Wahlkampf für die Kommunalwahlen Ende März 2014 geprägt sein. Beide Seiten haben aller Voraussicht nach kein Interesse an einer erneuten bewaffneten Eskalation des Konflikts. Unrealistisch wäre jedoch, auf dieser Grundlage von einem »Friedensprozess« zu reden. Dazu gehört die Lösung der dem Konflikt zugrunde liegenden Probleme und eine gesellschaftliche Aussöhnung. Die Kurden haben mehr denn je verschiedene Optionen, Selbstbestimmung und progressive Politik zu verwirklichen. Das Beharren Erdoğan's auf einer Demokratisierung »par ordre du mufti« kann letztlich nicht funktionieren. Ohne wirkliche Verhandlungen und Kompromisse kann es keinen Frieden geben.

Reimar Heider

ist einer der Sprecher der Internationalen Initiative »Freiheit für Abdullah Öcalan – Frieden in Kurdistan«

World Wide War

NSA: Zwischenfragen im Enthüllungsmarathon

In der englischen Tageszeitung Guardian, die sich um die Veröffentlichungen besonders verdient gemacht hat, sind immer wieder neue Details der internationalen Zusammenarbeit der Geheimdienste enthüllt worden, die Verschiebungen im medial vermittelten Weltbild unumgänglich machen und deren Ausmaß wir heute noch nicht abschätzen können. In immer neuen Wellen kommen Erkenntnisse über die illegale Überwachung der Kommunikation von hunderten Millionen Menschen an die Öffentlichkeit. Dadurch wird es den offenkundigen Versuchen der regierungstreuen Medien sehr schwer gemacht, die Aufmerksamkeit auf Nebensächliches oder Personalisierendes zu lenken, wie zum Beispiel die Frage nach dem Verbleib Edward Snowdens, des ehemaligen Mitarbeiters der National Security Agency NSA.

Was ist wirklich wichtig an den Enthüllungen über das Wirken der Geheimdienste? Was sind die entscheidenden gesellschaftlichen und politischen Fragen, die Die Linke als erste Oppositionspartei besonders herausfordern? Hier sollen vier Bereiche angerissen werden, die über die Personalisierung des Problems und ihre eher verdeckende Funktion hinausführen.

Erstens müssen das Ausmaß des gigantischen Überwachungssystems abgesteckt, dessen Funktionsweise und Akteure bekannt gemacht und der gesellschaftliche Charakter analysiert werden. Die letzten Enthüllungen erlauben einen Blick auf ein internationales Spionagenetzwerk: Unter dem Vorwand der Terrorismusbekämpfung arbeiten französische, spanische, schwedische, holländische und deutsche Geheimdienste mit dem britischen Gouvernement Communications Headquarters (GCHQ) als europäischem Zentrum mit der NSA zusammen, zapfen Knotenpunkte des Glasfaserkabelnetzes zur Überwachung von hunderten Milli-

onen Anrufe und die gesamte Internetkommunikation an und umgehen im Austausch ihrer Daten die jeweilige nationale Gesetzgebung. Dass Staaten und Unternehmen sich gegenseitig ausspionieren und miteinander um Datenzugänge (also: Wissen) konkurrieren, sollte uns zwar nicht überraschen, wir kommen aber nicht umhin, die dabei entstehenden Unterdrückungs- und Manipulationspotenziale einzuschätzen.

Zweitens müssen das Internet und dessen bestimmende kommerzielle Akteure neu bewertet werden. Ein Programm der NSA, die sich selbst privater Subunternehmen bedient, sammelt heimlich Daten von den nahezu ausnahmslos privatisierten Telekommunikationsdienstleistern und von den über Internetkonzerne gehenden Kommunikationen. Können wir angesichts der Meldungen in den Medien, dass die Großunternehmen von Amazon und Apple über Google und Microsoft bis Yahoo als Teile eines komplexen Überwachungssystems betrachtet werden müssen, noch unbefangen von den „ungenutzten Potentialen des Internets“ sprechen (Programm, S. 19)? Wie bewerten wir die sich entwickelnden „cloud“-Systeme und die Zukunft des Internets überhaupt?

Drittens stellt sich die Frage nach dem Verhältnis zwischen Kooperation und Konkurrenz auf der internationalen Ebene. Auf der einen Seite ist eine enge Partnerschaft zwischen den Geheimdiensten der europäischen Kernmächte und der NSA sichtbar geworden: Sie versorgen sich gegenseitig mit den gewonnenen Überwachungsdaten. Banken und Konzerne werden wiederum mit Daten über die Konkurrenz, Analysen und Prognosen versorgt. Auf der anderen Seite resultiert daraus ein grundsätzlicher Interessenkonflikt, der im Wesen des kapitalistischen Wettbewerbs begründet ist und zu einer Konkurrenz der Nationalstaaten führt. Das überwachte Handy der Kanzlerin ist damit sowohl ein Beispiel für die beispiellose Verniedlichung eines globalen Problems, als auch ein Symbol für die Wirkungsweise der internationalen Konkurrenz und des herrschenden Misstrauens. Auf welcher Stufe der Entwicklung des Verhältnisses von Kooperation und Konkurrenz stehen wir und was bedeutet das für unsere Einschätzung der bestehenden und geplanten Bündnisse, wie zum Beispiel die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft?

Und viertens muss Die Linke die gewonnenen Erkenntnisse in ihre Zielsetzungen einarbeiten. Um nur einige wenige Ansatzpunkte zu nennen, müssen im Erfurter Programm nicht nur Einzelziele auf Konsequenzen überprüft werden, wie „Grundrechte und Ansprüche ... zu verwirklichen“, wie zum Beispiel das „Brief- und Telekommunikationsgeheimnis“ (S. 26) und dabei eine „Alternative zu(m) ... autoritären Sicherheitsstaat“ (S. 45) anzustreben, sondern auch ihr Gesamtziel „in einem großen transformatorischen Prozeß gesellschaftlicher Umgestaltung für den demokratischen Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ zu kämpfen (S.29) – unter welchen neuen Bedingungen?

Uli Ludwig ist Redakteur dieser Zeitschrift

Anzeige

„Europa so nicht weiter – sozial nur mit LINKS“

Sabine Wils

MdEP DIE LINKE. im Europaparlament

Freitag, 31. Januar 2014 um 19 Uhr
CAFE VERONIKA Julius-Vosseler-Str. 193
(U-Bahn Lutterothstr.)

Verantw. Gerald Kemski-Lilleike
Europabüro Sabine Wils
Buceriusstr. 2
20095 Hamburg

DIE LINKE.
IM EUROPAPARLAMENT

Europa vor Ort – im Lenzviertel

Pay No More Than £2.99

30 Jahre Billy Bragg – das sind 30 Jahre vielfältiger politischer Aktivitäten und mehr als 20 CDs. Eine wichtige politische Stimme im angelsächsischen Sprachraum.

Braggs erste Langspielplatte kaufte ich 1983. Es war sein Debut – Life's A Riot With Spy Vs Spy. Und natürlich hörten sich die ersten Töne seltsam an: Dass man dieses Album mit 45 Umdrehungen abspielen musste, stand in winziger Schrift nur auf dem Plattenlabel. Auf dem Cover standen die wichtigen Dinge: Pay No More Than £2.99 For This 7 Track Album. Ein Mann, eine Stromgitarre, ein Verstärker, jeder Track kürzer als drei Minuten. Der Ex-Punk kam mit wenigen Akkorden aus, der Einfluss von The Clash war noch hörbar. Dass er nicht wirklich singen konnte und die Songs eher ruppig rausgerotzt wurden, passte gut dazu. Mit „To Have And To Have Not“ und „A New England“ thematisierte er die Machtlosigkeit der Arbeiterklasse und persönliche Frustration in Songs, die zugleich traurig und hoffnungsvoll stimmten. Diese Lieder und viele, die er in den Folgejahren schrieb, wurden zum kritischen Soundtrack vom Bergarbeiterstreik 1984/85, von steigender Arbeitslosigkeit, Abbau gewerkschaftlicher Rechte und sozialer Errungenschaften.

30 Jahre später gibt es eine neue Billy Bragg CD: „Tooth & Nail“. Bragg singt besser denn je, die musikalische Begleitung ist kompetent. Das kann man sich gut anhören. Aber wo sind die ätzenden Kommentare zur aktuellen Weltlage, die bisher eigentlich auf jeder seiner Platten zu finden waren? Auf „Tooth & Nail“ sind explizit politische Songs eher rar. „I Ain't Got No Home“ zählt dazu, allerdings wurde das Lied schon 1940 von Woodie Guthrie für seine „Dust Bowl Ballads“ aufgenommen. Das Tempo ist zurückgenommen und wo bei Guthrie durch den flotten Vortrag noch ein Rest von Optimismus durchscheint, ist bei Bragg eine unendliche Traurigkeit greifbar. Persönliche Songs dominieren Tooth & Nail, es geht um Frustration, Beziehungsprobleme, Tod. Die Hoffnung spart er sich auf für den letzten Song: „Tomorrow's Going To Be A Better Day“. Jemandem wie Bragg können beim gegenwärtigen Zustand der britischen Gesellschaft doch die politischen Themen nicht ausgegangen sein, so soll-

te man meinen. Ist er altersmilde geworden, schon mit 56 Jahren? Bragg hat eine andere Erklärung: Die aktuellen politischen Songs werden jetzt – schnell produziert – im Internet angeboten, deswegen ist dann auf einem neuen Album mehr Platz für Beziehungssongs. Bragg hat da so seine Erfahrungen: Als er 1985 während des Bergarbeiterstreiks seine EP „Between the Wars“ zugunsten der Streikkasse veröffentlichten wollte, kam diese Platte erst in den Handel, als der Streik schon beendet war. Das Internet und die sozialen Netzwerke (Twitter, Facebook) nutzt er jetzt auf seine Weise, um auf aktuelle Situationen schnell zu reagieren und sich einzumischen.

Tatsächlich hat Bragg schon seit mehr als zehn Jahren Themen der aktuellen Tagespolitik (Bankenkrise, Murdochs Machenschaften usw.) in Liedern (Never Buy The Sun, Last Flight To Abu Dhabi u.v.a.) kommentiert, die man sich längere Zeit kostenlos von www.billybragg.co.uk runterladen konnte. Und alle, die Musik in digitaler Form nur dann goutieren mögen, wenn sie als Polycarbonat-Scheibchen vorliegt, können diese Lieder inzwischen auch kompiliert als CD („Fight Songs“) erwerben, kostenpflichtig allerdings. Wer den wütenden, polemischen Billy Bragg mehr mag als den sensiblen Beziehungskommentator, für den ist „Fight Songs“ sicher eine bessere Wahl als „Tooth & Nail“.

Einen Song zum Tod von Thatcher hat er nicht geschrieben. Bragg, dessen Thematik in vielen Songs die ökonomischen Folgen des Thatcherismus sind, schrieb auf seiner Facebook-Seite, da gäbe es nichts zu feiern. Ihr Ableben sei doch wohl mehr Anlass, sich zu erinnern, wie England in den gegenwärtigen Zustand geraten sei, eine Gesellschaft, in der für normale Leute ein Job nicht ausreichte, um eine Familie zu ernähren, in der es kein ausreichendes Angebot für anständigen bezahlbaren Wohnraum gebe und deren Kennzeichen Gier und Zynismus seien. Auf den Tod von Thatcher einen zu trinken, würde an diesen Zuständen nichts ändern. Deshalb: „Don't celebrate – organize!“

Mit dem politischen Aktivisten Bragg ist also weiter zu rechnen. Und mit dem Musiker hoffentlich auch.

Hans Heyderich

Anzeige

Deutsche Chemie für syrisches Giftgas?

Massenvernichtungswaffen verbieten!
Rüstungsexporte endlich stoppen!



Aktuelle Infos zu friedenspolitischen Aktivitäten von Jan van Aken (MdB) auf www.jan-van-aken.de. Broschüre "Für ein Verbot aller Rüstungsexporte" online unter <http://t1p.de/broschuere-ruestungsexportestoppen>. Druckausgabe im WK-Büro erhältlich.

Kreuzzug für neue Profite

Vom Wohl und Wehe der Gewerkschaften im Nachkriegsdeutschland

Frank Deppes Darstellung der überwiegend deutschen Gewerkschaftsgeschichte in der Zeit der Großen Transformation dokumentiert die von Marx skizzierte Ambivalenz gewerkschaftlicher Organisation, Sammelpunkt für antikapitalistischen „Widerstand gegen die Gewalttaten des Kapitals“ (MEW 16: 152) oder Stütze der Reproduktion des Kapitalismus zu sein. Es geht kurzum um die – in erster Linie deutsche – Gewerkschaftsgeschichte der letzten knapp 45 Jahre unter den Vorzeichen des Neoliberalismus und seiner derzeitigen Krise.

Für die Große Transformation vom Fordismus zum, wie Deppe sagt, „globalen Finanzmarktkapitalismus“ ist „eine umfassende Veränderung der Kräfteverhältnisse zwischen Kapital und Arbeit“ charakteristisch. Das „Klassenprojekt ‚Neoliberalismus‘“ hat weder das Kapitalverhältnis abgeschafft oder befriedet, noch hat es gar zu einem „Ende der Arbeitsgesellschaft“ geführt. Der Klassengesellschaft ist durch die Formwandlung des Kapitalismus neuer Atem eingehaucht worden. Dabei haben sich die Koordinaten der Klassengesellschaft im Zuge der Internationalisierung erstens des kapitalistischen Marktes und Wettbewerbs sowie zweitens des Kapitalverhältnisses verschoben. Während vor allem in den sogenannten BRICS-Staaten neue Industriearbeitsplätze entstanden sind, hat es in den ehemaligen Metropolen einen relativen Zuwachs an Arbeitsplätzen im Niedriglohnsektor gegeben. Die ArbeiterInnenklasse hat sich dementsprechend neu zusammengesetzt „mit einer neuen Unterschicht und einem wachsenden Prekariat auf der einen, einer schrumpfenden Oberschicht der (industriellen) Arbeiterklasse auf der anderen Seite“.

Die Geschichte der deutschen Gewerkschaften nach 1945 ist eine Geschichte des Korporatismus – zumindest wenn man Deppe folgt. Auf den „alten Sozialkorporatismus der 60er und 70er Jahre“ und den Wettbewerbskorporatismus der 80er und 90er Jahre“ des letzten Jahrhunderts folgte im neuen Jahrtausend mit der „Großen Krise“ ab 2007 der „Krisenkorporatismus“. Auf die Krise des großen fordistischen Klassenkompromisses der Nachkriegsära in den Metropolen reagierten die Gewerkschaften nicht mit einer Ausweitung des Klassenkampfes, wie die KapitalistInnen es mit ihrer neoliberalen Offensive taten. So konnte die herrschende Klasse ihren Kreuzzug für neue Profite antreten. Sie straffte das Fabrikregime, machte das fordistische Lohnverhältnis durch die Etablie-



Deppe, Frank (2012): Gewerkschaften in der Großen Transformation. Von den 1970er Jahren bis heute – Eine Einführung. PapyRossa. Köln.

rung des Niedriglohnsektors von der Regel zur Ausnahme, hob die Kontrollen für das Bankkapital auf, zerstückelte den Sozialstaat, implementierte eine radikal-individualistische Ideologie und forcierte schließlich den internationalen Wettbewerb und Klassenkampf – auch auf der Ebene der Städte und Regionen. Während also insbesondere seit dem Epochenbruch 1989-91 die originären Interessen der LohnarbeiterInnen massiv verletzt wurden, hielten deren Spitzenfunktionäre es für geboten, sich den Attacken der Gegenseite zu fügen und durch „Co-Management“ „eine subalterne Rolle für die Herstellung der Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen auf dem Weltmarkt“ einzunehmen. Diese „Politik der Anpassung“ bezeichnet Deppe als „Wettbewerbskorporatismus“.

Als sich seit der Mitte des vergangenen Jahrzehnts abzeichnete, dass der exportorientierte deutsche Kapitalismus durch „die Große Krise“ ebenfalls in Mitleidenschaft gezogen werden würde, boten sich die Gewerkschaftseliten einmal mehr als zuverlässige Vasallen an. Sie optierten für einen „neuen Typus des ‚Krisenkorporatismus‘, der durch das gemeinsame Handeln von Betriebsleitungen, Belegschaften sowie Betriebsräten und Gewerkschaften (vor Ort) zur Rettung des Betriebs und eines Großteils der Arbeitsplätze charakterisiert“ werden kann. Diese „betrieblichen Strategien der Krisenbewältigung“ basieren vor allem auf dem Ausbau von Leiharbeit, auf betriebsinterner Flexibilisierung mittels Arbeitszeitpolitik, auf interner Reorganisation. Ergänzt wird diese wie auch jede andere Form des Korporatismus durch die Domestizierung der „radikalen Kräfte in den eigenen Reihen“ und den Verzicht „auf systemoppositionellen Widerstand sowie auf soziale und politische Militanz“.

Eine progressive Gewerkschaftspolitik in der Bundesrepublik setzt hingegen einen grundlegenden Kurswechsel voraus, denn „die pragmatische Orientierung auf das Alltagsgeschäft“ verfestigt „letztlich die Abhängigkeit und Unterordnung im bestehenden Herrschaftssystem“. Um eines werden die Gewerkschaften auch heute nicht umhin kommen: Sie müssen „[s]tatt des konservativen Mottos: ‚Ein gerechter Tagelohn für ein gerechtes Tagewerk!‘“ (wieder) „auf ihr Banner die revolutionäre Losung schreiben: ‚Nieder mit dem Lohnsystem!‘“ (MEW 16:152; Herv.i.O.).

Christian Stache ist Mitglied im Hamburger Sprecherrat von Linksjugend [solid]

Hinweis

Freiheit für								die Cuban 5
Vier dieser ehrenbaren Männer, die ihr Land vor Terroranschlägen bewahren wollten, sitzen in den USA weiterhin in Haft. Vom 7. bis 9. März 2014 wird in London eine internationale Kommission ihren Fall untersuchen. Spenden für die Finanzierung an:								DIE LINKE LV Hamburg AG Cuba Sí Stichw. Cuban 5 Kto. 1213128299 Haspa BLZ 200 505 50



**„Die Roheit
kommt nicht von
der Roheit, sondern
von den Geschäften,
die ohne sie
nicht gemacht
werden können“**

Bertolt Brecht



debatte@die-linke-hamburg.de
[www.die-linke-hamburg.de/politik/
publikationen.html](http://www.die-linke-hamburg.de/politik/publikationen.html)

DIE LINKE.
LANDESVERBAND HAMBURG